

Verteilung

avenir spezial

- 2 _ Editorial
- 3 _ 10 Kernaussagen
- 4 _ Gleichmässig verteilter Wohlstand
- 6 _ Die Löhne legen den Grundstein
- 8 _ Egalitärer Arbeitsmarkt
- 10 _ Einkommensmobilität
- 11 _ Unvollständig erfasste Vermögen
- 14 _ Progressive Vermögenssteuer
- 15 _ Wie bitte? Neidökonomie
- 16 _ Top-Einkommen
- 18 _ Streitgespräch: immer reichere Reiche?
- 20 _ Luxusgut Teilzeitarbeit
- 22 _ Fleissiger Mittelstand
- 24 _ Schädliche Mindestlöhne
- 26 _ Wenig Umverteilungsbedarf
- 28 _ Wachsende Kaufkraft
- 30 _ Zahlen und Lektüre





Gerhard Schwarz
Direktor Avenir Suisse

Fragen um die «gerechte» bzw. gleichmässige Verteilung von Einkommen und Vermögen beherrschen derzeit die wirtschaftspolitische Agenda. Angefangen hat es mit der Abzocker-Initiative – und ungleich Verheerenderes befindet sich mit der 1:12- sowie der Mindestlohn-Initiative im Köcher. Doch wie steht es wirklich um die Verteilung von Einkommen und Vermögen in der Schweiz? Da lohnt sich ein Blick auf die – auf den ersten Blick überraschenden – Fakten: In kaum einem anderen Land ist die Verteilung der Markteinkommen, bevor der Staat umverteilend eingreift, so gleichmässig wie in der Schweiz. Und während die meisten westlichen Industriestaaten seit den 1980er Jahren eine wachsende Einkommensspreizung verzeichnen, hat sich die Einkommensschere in der Schweiz kaum geöffnet. Das Poster dieser Avenir Spezial-Ausgabe zum Thema Einkommens- und Vermögensverteilung zeigt, dass alle Bevölkerungsschichten am wachsenden Wohlstand der vergangenen Jahrzehnte teilnehmen konnten. Kurzum: Die Schweiz ist ein Musterbeispiel dafür, dass ein flexibler Arbeitsmarkt weder zu exorbitanter Ungleichheit noch zu hoher Arbeitslosigkeit führt – im Gegenteil. Genau dieser so wichtige Standortvorteil der Schweiz würde mit staatlichen Eingriffen in den Arbeitsmarkt und die freie Lohnbildung aufs Spiel gesetzt. Der Preis, um die Ausreisser am oberen und unteren Ende der Lohnskala zu korrigieren, wäre hoch: nicht nur mehr Arbeitslosigkeit (die vor allem Schlechtqualifizierte trifft), sondern auch weniger Innovation, geringeres Wachstum und schwächere unternehmerische Dynamik. Doch letztlich gefährden die zunehmenden Tendenzen zur Korrektur der Einkommens- und Vermögensverteilung viel mehr, nämlich unsere bewährte Gesellschaftsordnung, wie es Milton Friedman in seiner unnachahmlich pointierten Art einst formulierte: «Eine Gesellschaft, die Gleichheit über Freiheit stellt, wird nichts von beidem erhalten. Eine Gesellschaft, die Freiheit vor Gleichheit stellt, wird viel von beidem bekommen.»

10 Kernaussagen zur Verteilung

Die Schweiz ein Land der zunehmenden ökonomischen und sozialen Gegensätze? Eher das Gegenteil trifft zu: Im internationalen Vergleich gehört die Schweiz zu den Ländern mit den kleinsten Wohlstandsunterschieden.

Patrik Schellenbauer

01_ Der Wohlstand ist breit verteilt

Im internationalen Vergleich der verfügbaren Einkommen liegt die Schweiz im «besten» Drittel bei gleichzeitig sehr hohem Wohlstand: **Seiten 4, 6, 8**

02_ Die Einkommensschere geht nicht auf

Der Gini-Koeffizient ist seit 15 Jahren nicht gestiegen, jüngst sind die Einkommensspannen sogar kleiner geworden. Der Anteil der Spitzenlöhne liegt auf dem Stand der 1960er Jahre und die Armutsquote hat leicht abgenommen: **Seiten 8, 16, 26**

03_ Wohlstand kann zu Ungleichheit führen

Ungleichheit ist auch eine Folge des Wohlstandes: Sinkende Haushaltsgrössen, abnehmende Arbeitspensen und die Alterung der Gesellschaft erhöhen die Ungleichheit: **Seite 20**

04_ Die Kaufkraft wächst

Die Kaufkraft auf dem Wohnungsmarkt hat für die Mehrheit der Bevölkerung zugenommen, Telekommunikation und viele Basisgüter wie Nahrung oder Kleider wurden billiger: **Seite 28**

05_ Ein liberaler Arbeitsmarkt nützt allen

Die Löhne sind in der Schweiz im internationalen Vergleich am gleichmässigsten verteilt, die Arbeitslosigkeit ist tief: Der liberale Arbeitsmarkt ist der wohl am meisten verkaufte Standortvorteil der Schweiz: **Seiten 6, 24**

06_ Der Mittelstand profitiert nicht von tieferen Spitzenlöhnen

Zwischen den Löhnen von Führungskräften und den mittleren Gehältern besteht kein Zusammenhang. Im Falle einer Senkung der Spitzenlöhne bliebe mehr Geld für die Aktionäre: **Seiten 16, 18**

07_ Mindestlöhne schaden den Working Poor

Kurzfristig werden Working Poor durch Mindestlöhne bessergestellt, doch langfristig fallen Jobs mit tiefer Qualifikation weg: Mindestlöhne schaden denjenigen, für die sie gedacht sind: **Seite 24**

08_ Umverteilung ist teuer

Umverteilung verzerrt die Anreize und führt zu Wohlstandsverlusten: Ein umverteilter Franken kostet die Gesellschaft 1.20 Fr.: **Seite 6, 22**

09_ Vermögen sind weniger ungleich verteilt als oft behauptet wird

Der Blick allein auf die steuerbaren Vermögen führt zu einem verzerrten Bild, weil wesentliche Teile des Vermögensbestandes wie die Altersvorsorge oder die Immobilienvermögen nicht oder nur partiell erfasst werden: **Seite 11**

10_ Nur wenige Länder besteuern Vermögen

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, in denen das Privatvermögen direkt besteuert wird. Die Vermögenssteuer betrifft fast nur reiche Haushalte: **Seite 14**

die Ungleichheit der Einkommen in einer Gesellschaft verschiedene Phasen durchlaufe und damit einem umgekehrten «U» folge: Ausgehend von einer geringen Einkommensspreizung in der vorindustriellen Phase – fast alle sind Bauern – nehme die Ungleichheit mit der Industrialisierung zu, da die ungestüm wachsende Produktion vorerst vor allem den Unternehmern, Kapitalbesitzern, Ingenieuren und Erfindern zugute käme, während einfache Arbeiter anfangs kaum besser gestellt würden. Mit der Zeit profitiere aber die ganze Gesellschaft vom Fortschritt. Mit einem wachsenden Anteil von Dienstleistungen bilde

sich eine Mittelschicht, die dank Bildung produktiver werde und am Wohlstand teilhabe. Die Einkommenglichen sich in der Folge wieder an.

Schweizer Einkommen weit über dem OECD-Mittel

Innerhalb der OECD unterscheiden sich heute sowohl Einkommensniveaus als auch Ein-

kommensverteilung stark. Die Grafik zeigt auf der X-Achse das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Volkseinkommen (netto nach Abschreibungen, in US \$ 2011). Diese Grösse ist ein guter (wenn auch nicht perfekter) Indikator für das Wohlstandsniveau eines Landes. Die Ungleichheit (auf der Y-Achse) wird gemessen als Gini-Koeffizient der verfügbaren Äquivalenzeinkommen in der erwerbsfähigen Bevölkerung. Mit dem Äquivalenzeinkommen werden Mehrpersonenhaushalte mit Single-Haushalten vergleichbar.

Die Pro-Kopf-Einkommen der meisten OECD-Länder konzentrieren sich im Bereich zwischen 25 000 und 35 000 US \$ pro Jahr. Die Gini-Koeffizienten streuen im Bereich von 0,25 und 0,35, den man mit mittlerer Ungleichheit umschreiben könnte. Es fällt auf, dass einige wenige Länder ausserhalb der Datenwolke liegen. Es sind dies die USA, Norwegen, Luxemburg und die Schweiz. Bezüglich dem durchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen liegen die Schweiz (43 600 US \$)

und die USA (42 800 US \$) praktisch gleichauf, mit leichtem Vorteil für die Schweiz. Das Schweizer Pro-Kopf-Einkommen beträgt damit 43 % mehr als der OECD-Durchschnitt und ist 27 % höher als das deutsche. Die weit überdurchschnittlichen Schweizer Einkommen sind gegenüber dem Mittel der OECD deutlich gleichmässiger auf die Bewohner verteilt, und besonders auffallend ist der Unterschied gegenüber dem «Land der unbegrenzten Möglichkeiten». Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,37 weisen die verfügbaren Einkommen der USA die höchste Ungleichheit aller betrachteten Länder auf.

Norwegen und Luxemburg als «Sonderfälle»

Aus dem Rahmen fallen Norwegen und Luxemburg. Das Land der Wikinger genießt die Vorteile seines natürlichen Reichtums: Fast 20% des norwegischen Sozialproduktes gehen auf Erdöl-Exporte zurück. Ohne dieses Zusatzeinkommen läge das norwegische Pro-Kopf-Einkommen fast exakt auf dem Niveau der Schweiz. Noch etwas wohlhabender als die Norweger sind die Luxemburger mit 540 000 Einwohnern und einem Ausländeranteil von fast 45%. Der Anteil der Luxemburger Finanzindustrie am BIP beträgt rund ein Viertel. Eigentlich sind Luxemburgs Primäreinkommen aufgrund der vielen hohen Einkommen aus dem Finanzsektor recht ungleich verteilt. Der Staat korrigiert die Verteilung jedoch stark und drückt die Spreizung der verfügbaren Einkommen in etwa auf das Niveau der Schweiz.

Kurzum: Unter Ausklammerung der «Spezialfälle» Norwegen und Luxemburg schafft es neben der Schweiz kein anderes Land, einen so hohen Wohlstand zu schaffen und diesen gleichzeitig relativ breit zu verteilen.

Online-Publikation: 13.06.2013

Hinter dem Ringen um die Kostenmiete steht letztlich die Frage, wem die «unverdiente» Bodenrente zusteht: den Bodenbesitzern oder den Mietern?

Kein anderes Land ausser der Schweiz schafft es, einen so hohen Wohlstand zu schaffen und diesen gleichzeitig relativ breit zu verteilen.

Die Löhne legen den Grundstein

Die Schweiz ist das Musterbeispiel dafür, dass ein flexibler Arbeitsmarkt nicht zu mehr Ungleichheit führt, sondern die beste Voraussetzung für gleichmässig verteilten Wohlstand ist. Leider wird dieser Zusammenhang zunehmend verkannt.

Patrik Schellenbauer

Die Möglichkeiten der Umverteilung durch den Staat sind begrenzt, weil die Umverteilungspolitik selbst den zur Verfügung stehenden «Kuchen» schmälert.

In der politischen Diskussion wird häufig behauptet, dass die Verteilung des Wohlstands in der Schweiz sehr ungleich sei und noch weiter auseinanderstrebe. Die sprichwörtliche Schere öffne sich immer weiter, weshalb der Staat mehr als bisher korrigierend eingreifen müsse. Forderungen nach zusätzlicher Umverteilung und Markteingriffen beherrschen die politische Agenda zurzeit wie kein anderes Thema. Aber von welcher Verteilung sprechen wir eigentlich? Die Diskussion ist oft unübersichtlich. Sie wird dadurch erschwert, dass die Verteilung von wirtschaftlichen Grössen auf ganz unterschiedlichen Ebenen betrachtet werden kann.

Vom individuellen Lohn zum verfügbaren Einkommen Ausgangspunkt ist meist das Einkommen aus dem Arbeitsmarkt, am anderen Ende der Verteilungsskala steht üblicherweise das verfügbare Äquivalenzeinkommen. Dieses Mass soll die Verteilung der effektiven Kaufkraft in der Bevölkerung abbilden. Konzeptuell liegt zwischen diesen beiden Grössen ein weiter Weg: zum individuellen Erwerbsohn muss das Einkommen aus dem Vermögen hinzugezählt werden, das sich aus Zinsen, Gewinneinkommen (z. B. Dividenden) und Mieteinnahmen zusammensetzt. So gelangt man zum individuellen Primäreinkommen. Zu berücksichtigen ist weiter, dass die Menschen in Haushalten zusammenleben und so von einer gemeinsamen Haushaltsführung profitieren. Dies

wird über die sogenannte Äquivalenzskala berücksichtigt, die die Grössenvorteile im Haushalt misst. Dabei spielt es eine wichtige Rolle, wer innerhalb des Haushaltes wie viel arbeitet (Erwerbsquoten) und ob Kinder zu versorgen sind. Schliesslich greift der Staat in die individuellen Wohlstandspositionen ein, indem er mittels Steuern, Abgaben und finanziellen Transfers die Primäreinkommen der Haushalte umverteilt.

Der Staat kann die Einkommensverteilung nur beschränkt beeinflussen

Man könnte also denken, dass die Verteilung der verfügbaren Einkommen in den Haushalten wenig mit der Streuung der individuellen Löhne zu tun hat. Diese Vermutung ist falsch. In einer Analyse im Querschnitt der OECD-Länder für die späten 2000er Jahre wurden die Gini-Koeffizienten der Stundenlöhne von (unselbständigen) Vollzeitangestellten mit den Gini-Koeffizienten der verfügbaren Äquivalenzeinkommen der erwerbsfähigen Bevölkerung (15- bis 64-Jährige) in Beziehung gesetzt (vgl. Grafik.). Der hohe Korrelationskoeffizient von 0,73 weist auf einen engen Zusammenhang zwischen den beiden Verteilungsgrössen hin. Die Verteilung der verfügbaren Einkommen entspricht in erster Näherung der Verteilung der Stundenlöhne. Mit anderen Worten: Die Verteilung der individuellen Stundenlöhne spürt die Position eines Landes bezüglich der Einkommensgleichheit weitgehend vor.

Aber welche Faktoren sind für den Zusammenhang zwischen der Verteilung von Löhnen und verfügbaren Einkommen verantwortlich?

– Am wichtigsten dürfte wohl die Tatsache sein, dass der Lohn aus der eigenen Arbeit für eine überwiegende Mehrheit der Menschen die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle darstellt. In der Mittelschicht beträgt der Anteil

der Löhne am Gesamteinkommen zwischen 80 % und 90 %.

- Dazu kommt, dass die Möglichkeiten der Umverteilung durch den Staat begrenzt sind. Sowohl Steuern als auch Transfers beeinträchtigen die Anreize zum eigenen Einkommenserwerb und wirken somit leistungshemmend. Der als Verteilungsmasse zur Verfügung stehende «Kuchen» wird also durch die Umverteilungspolitik selbst geschmälert.
- Die übermässige Verschuldung vieler Länder schränkt den Spielraum zur Umverteilung weiter ein, zumal Investitionsausgaben angesichts der Wachstumsschwäche in der EU mehr denn je in Konkurrenz zu Sozialausgaben stehen.

Flexibler Arbeitsmarkt als Standortvorteil

Als Fazit kann festgehalten werden, dass das Resultat aus dem Arbeitsmarkt für eine ausgewogene Verteilung entscheidend ist. Die Schweiz ist das Musterbeispiel dafür, dass ein liberales Arbeitsrecht und die freie, dezentrale Lohnbil-

dung nicht automatisch zu hoher Ungleichheit führen.

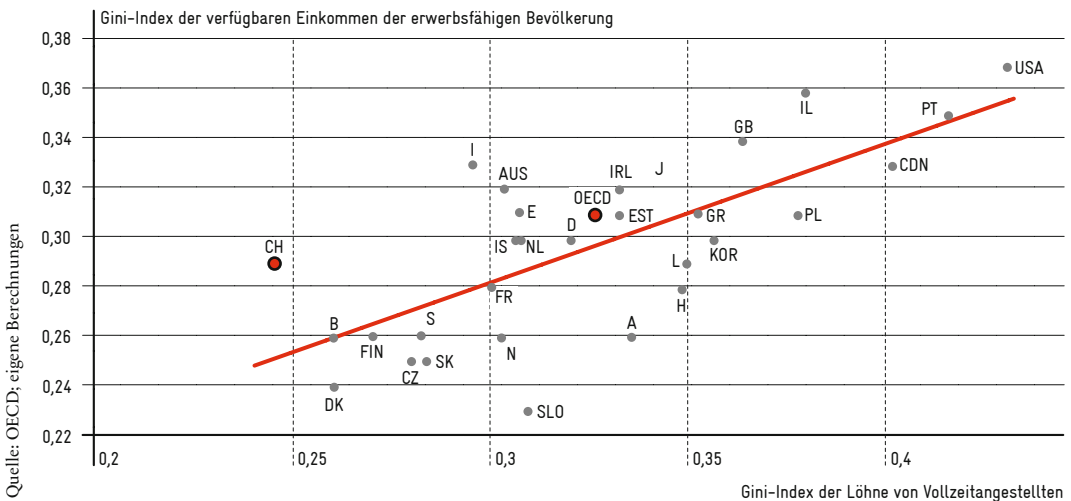
Im Gegenteil: die (noch) hohe Flexibilität des Schweizer Arbeitsmarktes hat entscheidenden Anteil daran, dass das Gros der Bevölkerung sein Auskommen selber bestreiten kann. Die Politik verkennt dies zusehends. Eingriffe in den Arbeitsmarkt – sei dies über Mindestlöhne, Vorschriften zur Lohnstruktur innerhalb der Unternehmen oder die Einführung einer Sozialplanpflicht – würden diesen Vorteil der Schweiz über kurz oder lang beschädigen und dadurch den Druck zu mehr fiskalischer Umverteilung nochmals verstärken. Es gilt, diesen Teufelskreis zu verhindern.

Der flexible Schweizer Arbeitsmarkt hat entscheidenden Anteil daran, dass das Gros der Bevölkerung sein Auskommen selber bestreiten kann.

Online-Publikation: 21.05.2013

Der Arbeitsmarkt bestimmt die Einkommensverteilung

Die Verteilung der Arbeitseinkommen entscheidet darüber, ob ein Land eine ausgewogene Verteilung des Wohlstands aufweist oder nicht. Die Möglichkeiten der Umverteilung durch den Staat sind begrenzt. Eine hohe Erwerbspartizipation, tiefe Arbeitslosigkeit und relativ gleichmässig verteilte Löhne sind die Schlüsselgrössen.



Egalitärer Schweizer Arbeitsmarkt

In keinem OECD-Land (und wahrscheinlich in keinem anderen Land der Welt) sind die Vollzeitlöhne so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz. Der Hauptgrund dafür dürfte in der gut etablierten Berufsbildung liegen.

Patrik Schellenbauer

In der laufenden Verteilungsdebatte hat sich vielerorts die Ansicht verfestigt, dass der Schweizer Arbeitsmarkt speziell «ungleiche» Resultate hervorbringt. Der gebannte Blick auf «Abzocker» und «Hungerlöhne» trübt aber die Wahrnehmung des Wesentlichen. Die extremen Enden der Schweizer Lohnverteilung sind kaum repräsentativ, vor allem die sehr hohen Löhne sind ein Ausnahmephänomen. Die 2500 Einkommensmillionäre entsprechen gerade einmal 0,06 % der Schweizer Erwerbstätigen. Entscheidend ist vielmehr, wie die Mitte der Lohnverteilung besetzt ist. 2010 befanden sich 62,5 % der Schweizer Lohnempfänger in einem Bereich von 70 % bis 150 % um den Medianlohn (=mittlerer Lohn). Das waren mehr als 2,8 Millionen Arbeitnehme-

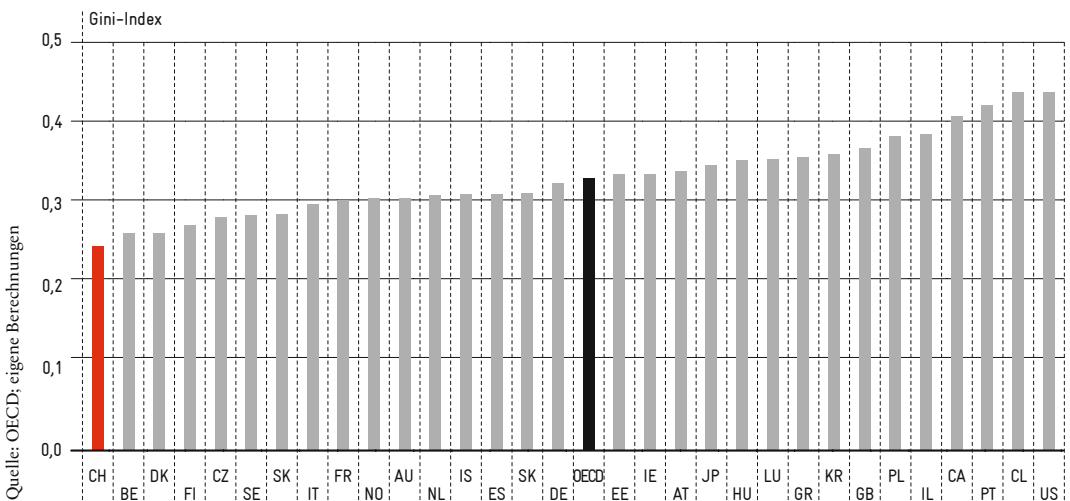
rinnen und Arbeitnehmer. Auch wenn der Mittelstand etwas zurückgesetzt wurde, bleibt er breit verankert. Die Verteilung der Schweizer Löhne ist also keineswegs so ungleich, wie dies oft behauptet wird.

Egalitärer als Skandinavien

Im Gegenteil: Die Löhne von vollzeitlich angestellten Arbeitnehmern – und damit in erster Näherung auch die Stundenlöhne – sind in keinem OECD-Land (und wahrscheinlich in keinem anderen Land der Welt) so gleichmässig verteilt wie in der Schweiz. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,24 steht die Schweiz in dieser Hinsicht sogar «besser» da als die skandinavischen Staaten, die als sehr egalitär gelten. Am anderen Ende

Die Schweizer Löhne sind sehr gleichmässig verteilt

Der Vergleich der Gini-Koeffizienten der Arbeitseinkommen von Vollzeitangestellten in den OECD-Ländern (späte 2000er Jahre) zeigt: Die Schweiz ist das Land mit der gleichmässigsten Verteilung. Das lässt den Schluss zu, dass ein liberales Arbeitsrecht und flexible Lohnbildung nicht zu mehr Ungleichheit führen, im Gegenteil.



der Verteilungsrangliste stehen die angelsächsischen Länder, zusammen mit Portugal, Polen und Israel. Die Nachbarn der Schweiz gruppieren sich wie die meisten europäischen Länder um den OECD-Mittelwert des Gini-Koeffizienten von 0,33.

Der Gini-Koeffizient ist zwar das am meisten verbreitete Verteilungsmass, als blosser Zahl vermittelt er uns aber keine greifbare Vorstellung über das Ausmass der Ungleichheit. Das folgende Gedankenexperiment kann weiterhelfen: Wirft man alle Schweizer Vollzeitverträge in eine grosse Trommel und zieht daraus viele Male und zufällig jeweils zwei Stellen, so unterscheiden sich deren Löhne im Durchschnitt um 48 %. In Norwegen wird dieser Wert auf 60 % zu liegen kommen, in Deutschland auf 64 % und in den USA auf 86 %.

Berufslehre stärkt mittlere Qualifikationen

Ein Hauptgrund für die sehr gleichmässige Verteilung der Schweizer Vollzeitlöhne dürfte in der starken Stellung der dualen Berufsbildung liegen. Die Berufslehre betont die Ausbildung mittlerer Qualifikationen und sorgt gleichzeitig dafür, dass der Anteil der Menschen ohne nachobligatorische Bildung mit etwas mehr als 5 % sehr tief bleibt. Der Anteil der Tieflohnbezüger ist damit glücklicherweise bescheiden. Ebenso zentral ist aber die Erkenntnis, dass ein liberales Arbeitsrecht und eine flexible Lohnbildung nicht automatisch zu hoher Ungleichheit führen.

Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,49 sind die Lohneinkommen in der erwerbsfähigen Bevölkerung (zwischen 15 und 64 Jahren) der Schweiz ungleicher verteilt als die Vollzeiteinkommen. Das ist zwar auch in anderen Ländern der Fall, weil ein Teil der Bevölkerung dem Arbeitsmarkt fern bleibt, nur teilzeitlich beschäftigt ist oder unter Arbeitslosigkeit leidet. Trotzdem verschlechtert sich die relative Position der Schweiz, wenn man die Löhne aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untersucht und nicht nur jene der Vollzeitangestellten. Immerhin bleibt die Schweiz auch in dieser Hinsicht klar unter dem OECD-Durchschnitt, der bei einem Gini-Koeffizienten von 0,55 liegt.

Gini-Koeffizient

Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Mass um die Gleichheit (oder Ungleichheit) der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu berechnen und zwischen Ländern zu vergleichen. Bei einem Gini-Wert 0 wären die Einkommen gleichverteilt, also Einheitslöhne für alle. Ein Gini-Wert 1 hingegen bedeutete: ein Krösus verdient alles, alle anderen gehen leer aus. Die Gini-Koeffizienten der Arbeitseinkommen von Vollzeitangestellten in den OECD-Ländern liegen zwischen 0,25 (Schweiz) und 0,43 (USA und Chile), diejenigen der Nachbarländer der Schweiz zwischen 0,295 (Italien) und 0,34 (Österreich). Wird der Gini-Wert eines Landes über die Zeit grösser, entspricht das dem Bild der sich öffnenden Einkommensschere. Der Vergleich des Gini-Wertes der Schweiz mit anderen Ländern zeigt eine der Hauptaussagen dieser Publikation: Die Schweizer Einkommen sind im internationalen Vergleich sehr gleichmässig verteilt.

Viele Teilzeitangestellte

Der Hauptgrund für diesen «Abstieg» dürfte darin liegen, dass der Anteil der Teilzeitangestellten mit relativ tiefem Beschäftigungsgrad in der Schweiz besonders hoch ist, vor allem im Vergleich mit den skandinavischen Ländern. Dieser Unterschied betrifft vor allem die Frauen, denn Männer arbeiten vorwiegend zu 100 %. Während in der Schweiz fast 60 % der weiblichen Angestellten eine Teilzeitstelle besetzen, arbeiten 80 % der finnischen Arbeitnehmerinnen Vollzeit. Dabei fällt zusätzlich ins Gewicht, dass sich der Lohn mit sinkendem Pensum in der Regel leicht überproportional verringert, weil die Fixkosten der Arbeit auf weniger Stunden umgelegt werden können. Eine noch bessere Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt wäre darum ein Weg zu einer (noch) gleichmässigeren Verteilung des Wohlstands in der Schweiz.

Online-Publikation: 14.05.2013

Die Schweiz ist eine mobile Gesellschaft

Hinter der scheinbar statischen Einkommensverteilung der Schweiz verbirgt sich eine hohe Dynamik: Einkommensklassenwechsel kommen häufig vor, auch die klassische «Tellerwäscherkarriere» bleibt möglich.

Patrik Schellenbauer

Der Blick auf die Einkommensverteilung zu einem beliebigen Zeitpunkt hat ein entscheidendes Manko: Eine solche Momentaufnahme ist insofern willkürlich als sie die Veränderung der Einkommen ausblendet. Der Schweizer Arbeitsmarkt ist keineswegs so statisch, wie dies von den Befürwortern zusätzlicher Umverteilung gerne gesehen und dargestellt wird. Einleuchtend ist dies bei Studierenden, denn es ist vorhersehbar, dass der bescheidene Lohn eines Ferienjobs kein Dauerzustand ist. Schliesslich studiert (und investiert) man ja, um zukünftig mehr zu verdienen. Im Mittel steigt der Lohn bis zum 55. Altersjahr an, danach ist er leicht rückläufig. Das bedeutet erstens, dass die Lebenseinkommen (die Summe aller Jahreseinkommen) wesentlich

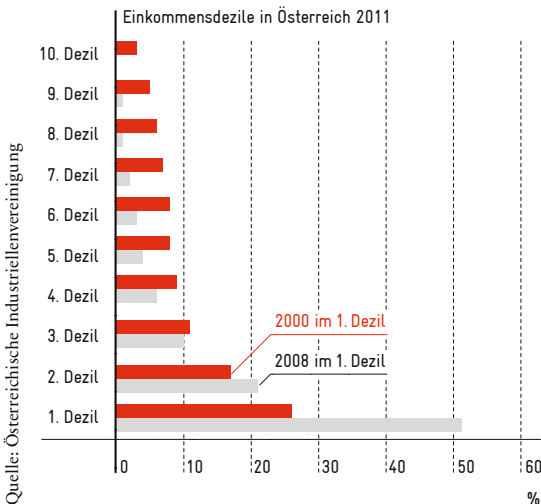
gleichmässiger verteilt sind als die Periodeneinkommen. Zweitens folgt daraus, dass die Ungleichheit allein aufgrund der alternden Erwerbsbevölkerung zunimmt.

Aber auch jenseits gemittelter Lohnprofile ist die Einkommensmobilität beachtlich. Eindrücklich zeigte dies eine Studie, die die Einkommensverhältnisse von Schweizer Haushalten in den Jahren 1994–1998 verfolgte¹. Schon nach 2 Jahren befanden sich nur noch 25–35 % der Mittelstandshaushalte im ursprünglichen Einkommensdezil, die Mehrheit stieg auf oder ab. Hinter einer scheinbar statischen Einkommensverteilung verbirgt sich eine hohe Dynamik, die die Karten laufend neu aufmischt. Das lesenswerte Buch «Klassenwechsel» von Markus Schneider (2007) untermalt dies mit einer Fülle von anekdotischer Evidenz.

Leider gibt es keine aktuellen Studien und Daten zur Einkommensmobilität in der Schweiz. Eine neue Untersuchung für Österreich, das mit der Schweiz vergleichbar sein dürfte, belegt, dass die Einkommensmobilität noch immer hoch und Armut kein unabänderliches Schicksal ist. Von den 10 % ärmsten Haushalten des Jahres 2000 befand sich elf Jahre später nur noch ein Viertel ganz unten (rote Balken). Knapp ein Fünftel stieg ins zweite Einkommensdezil auf und die Hälfte der ehemals Ärmsten fand sich 2011 im Mittelstand wieder. Immerhin 8 % gelang sogar der Sprung in die Oberschicht (9. und 10. Dezil).

Häufige Klassenwechsel

Die österreichischen Haushalte des 1. Dezils (die 10 % Ärmsten) der Jahre 2000 und 2008 befanden sich 2011 im folgenden Dezil:



¹ De Coulon, Augustin, and Boris A. Zürcher (2004): **Low Pay Mobility in the Swiss Labour Market, in: Minimum Wages, Low Pay and Unemployment**, Hrsg. D. E. Meulders, R. Plasman and F. Rycx. Palgrave McMillan.

1,5 vergessene Billionen

Auf den ersten Blick sind Vermögen in der Schweiz deutlich ungleicher verteilt als Einkommen. Wesentliche Teile des Vermögensbestandes wie die Altersvorsorge oder die Immobilienvermögen werden jedoch nicht oder nur partiell erfasst.

Marco Salvi und Patrik Schellenbauer

Wesentliche Vermögensbestandteile sind nicht oder nur teilweise steuerpflichtig und werden in der Schweizer Steuerstatistik nicht erfasst.

Überall auf der Welt sind die Vermögen ungleicher verteilt als die Einkommen. Daran ist nichts Unethisches oder gar Verwerfliches. Diese Regelmässigkeit kommt nämlich schon dadurch zustande, dass die meisten Menschen einen Teil ihres Einkommens zur Seite legen. So kumulieren sich die persönlichen Ersparnisse im Lauf des Lebens, was ihre Verteilung naturgemäss ungleicher werden lässt als jene der laufenden Einkommen. In der zweiten Hälfte der Erwerbsphase steigt in der Regel das Einkommen und die Sparquote wird erhöht, was den Vermögensaufbau beschleunigt. Dazu kommen die Vermögenserträge, die den Aufbauprozess über den Zinseszins-Effekt markant verstärken. Dies alles gilt in einer (hypothetischen) Gesellschaft mit stabiler Altersstruktur. In den alternden westlichen Gesellschaften nimmt die Ungleichheit der Vermögen aus mehreren Gründen noch weiter zu. Zum einen steigt der Anteil der älteren Erwerbstätigen, die mehr sparen und in ihrem persönlichen Vermögensaufbau schon weit fortgeschritten sind. Zum anderen schlagen die Zinseszinsen für die zahlreicheren Älteren mehr zu Buch. Die Vererbung spielt dagegen eine eher untergeordnete Rolle bei der Konzentration der Vermögen.

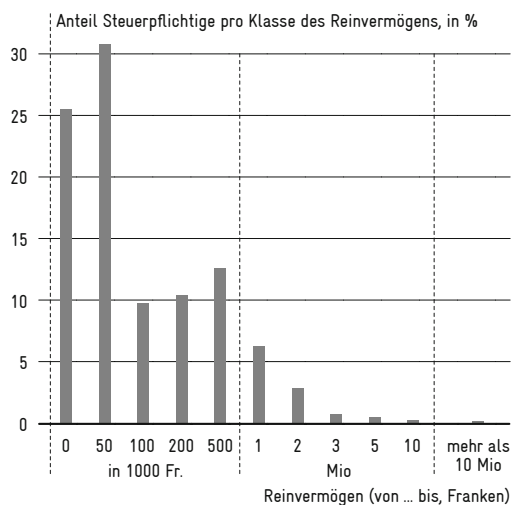
«Skandalöse» Vermögensverteilung?

In der Verteilungsdebatte werden solche Zusammenhänge meist konsequent ignoriert. Stattdessen wird die Schweizer Vermögensverteilung von den Befürwortern einer weitergehenden Umver-

teilung lustvoll skandalisiert. Kaum ein Podium zur Verteilungsfrage kommt ohne den Hinweis aus, dass die Vermögensunterschiede in der Schweiz besonders eklatant seien. Untermauert wird dies meist mit Steuerdaten: der Gini-Koeffizient der steuerlichen Reinvermögen (Vermögenswerte minus Schulden) liegt in der Tat bei einem hohen Wert von 0,81. Zum Vergleich: Die Ungleichheit der Primäreinkommen der Haushalte (d. h. die Summe aller Markteinkommen) ist mit einem Gini-Koeffizienten von 0,41 nur etwa halb so gross. Weiter wird ins Feld geführt, dass die Schweizer Vermögen so ungleich verteilt seien wie die US-amerikanischen. Haben wir tatsächlich amerikanische Verhältnisse in der Schweiz?

Ungleicher verteilte Vermögen

Durch Ersparnisse und den Zinseszins-Effekt kumuliert sich die Ungleichheit der Vermögensverteilung über die Zeit, besonders in den alternden westlichen Gesellschaften.



Quelle: Eidg. Steuerverwaltung, Vermögensstatistik 2009

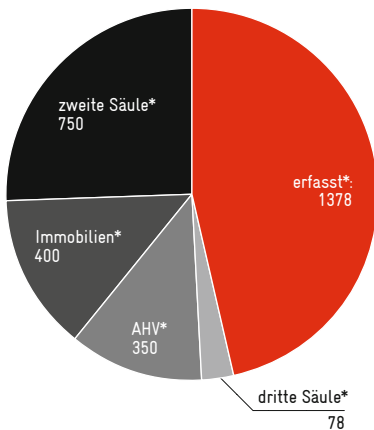
Was die Steuerstatistik auslöst

Die Antwort lautet Nein. Die Statistiken zur Vermögensverteilung in der Schweiz sind nur wenig aussagekräftig, denn wesentliche Vermögensbestandteile sind nicht oder nur teilweise steuerpflichtig und fallen durch die Maschen der Steuerstatistik:

- Die Vermögen in der beruflichen Vorsorge (BVG) fehlen vollständig. Mit verwalteten Geldern von 750 Mrd. Franken (2011) ist diese «Unterlassung» von grosser Bedeutung. Leider gibt es keine offiziellen Zahlen zur personellen Verteilung der BVG-Vermögen. Es ist jedoch zu vermuten, dass die während der Erwerbsphase ersparten Beiträge nur unwesentlich ungleicher verteilt sind als die Löhne, denn zwischen dem Koordinationsabzug und dem maximal versicherbaren Gehalt gilt ein lohnunabhängiger Beitragssatz. Die Löhne sind in der Schweiz aber ausgesprochen gleichmässig verteilt.
- Die Vermögen in der 3. Säule fehlen ebenfalls vollständig. Sie beliefen sich 2011 auf 78 Mrd. Franken und steigen jedes Jahr um gut 5 Mrd.

Unvollständige Steuerstatistik

Die Hälfte der Vermögensbestände wird nicht erfasst: BVG, 3. Säule und die vermögensähnliche AHV fehlen, Immobilien werden nur zum Steuerwert erfasst.



Quelle: ESTV, eigene Schätzungen

*Marktwert in Mrd. Franken

Franken. Da die steuerliche Abzugsfähigkeit begrenzt ist (2013 für Unselbständige 6749 Franken), dürften diese Vermögen sehr gleichmässig verteilt sein. Gemäss der Schweizerischen Sozialversicherungsstatistik 2012 werden denn auch zwei Drittel der Beiträge von den mittleren Einkommensklassen einbezahlt.

- Der Steuerwert von privat gehaltenen Immobilien beträgt gemäss Schätzung der SNB nur rund 60 % des effektiven Marktwertes. Auch diese Praxis führt zu einer massiven Unterschätzung der Vermögen, zumal die Wohneigenumsquote in den letzten 15 Jahren von 30 % auf 40 % gestiegen ist. Eine grobe Schätzung ergibt, dass so rund 400 Mrd. Franken Immobilienvermögen nicht erfasst werden, die vor allem dem Mittelstand gehören.
- Die im Umlageverfahren finanzierte AHV wird nicht in die Vermögensdiskussion einbezogen. Ökonomisch kann man aber argumentieren, dass diese Anwartschaften aus Sicht der Haushalte ein Vermögen darstellen, denn die Renten fliessen wie Zinsen aus einem Bankguthaben. Die Kapitalisierung der ausbezahlten AHV-Renten aus dem Jahr 2011 (Diskontsatz 2 %, mittlere Restbezugsdauer der Rentner 12 Jahre) ergibt ein Vermögen von 350 Mrd. Franken. Wegen der stark gekappten Rentenformel ist das AHV-Vermögen äusserst gleichmässig auf die Haushalte verteilt.

Die fehlende Hälfte wirkt ausgleichend

Die Reinvermögen in der Steuerstatistik beliefen sich 2009 auf knapp 1,4 Bio. Franken. Gemäss der obigen Überschlagsrechnung gibt es noch weitere Vermögen von mehr als 1,5 Bio. Franken, die aber wesentlich gleichmässiger verteilt sein dürften. Mit einem Gesamtvermögen der Privaten >>

Ein stark ausgebauter Sozialstaat schwächt die Anreize zum privaten Sparen. Nur so ist erklärbar, warum die Zyprioten höhere Vermögen aufweisen als die Deutschen.

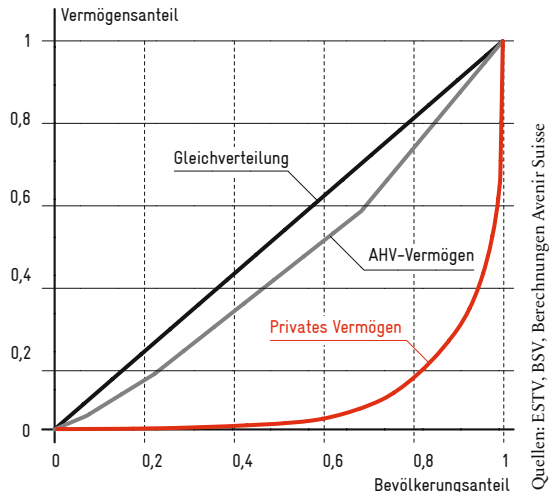
Gleichverteiltes AHV-Vermögen

Die offizielle Steuerstatistik lässt die Vermögensverteilung ungleicher erscheinen, als sie tatsächlich ist. Lückenlos erfasst (und zum Marktwert bewertet) werden nur Wertschriften und Beteiligungen – zwei Anlagekategorien, die vor allem von vermögenden Haushalten direkt gehalten werden. Gar nicht erfasst werden hingegen die Anwartschaften der AHV, die ebenfalls Vermögenscharakter haben (sie fallen regelmässig an, wie Zinsen aus einem Bankguthaben). Der Einbezug des AHV-Vermögens reduziert die Ungleichheiten, wie die Grafik zeigt.

Die Grafik vergleicht die Verteilung der Nettoprivatvermögen (rote Linie) mit jener der geschätzten AHV-Vermögen der Rentner. Grundlage der Schätzung ist die Verteilung der AHV-Renten im Jahr 2011. Diese Einkommen sind äusserst gleichmässig verteilt. So beträgt der maximale Betrag einer Vollrente nur das Zweifache der Minimalrente. Pensionierte Ehepaare erhalten das Anderthalbfache einer Individualrente. Rechnet man diese Renten in Vermögen um, kommt man auf einen Betrag von 340 Mrd. Franken (dabei gehen wir von einer mittleren Bezugsdauer der Rentnerbevölkerung von ca. 12 Jahren und einem Diskontsatz von 2% aus).

AHV-Vermögen reduziert Ungleichheit

Wegen der gekappten Rentenformel ist das (von der Steuerstatistik nicht erfasste) AHV-Vermögen äusserst gleichmässig auf die Haushalte verteilt.



Quellen: ESTV, BSV, Berechnungen Avenir Suisse

Das AHV-Vermögen ist praktisch gleich verteilt (graue Linie), entsprechend tief ist der Gini-Index: lediglich 0,15. Zum Vergleich: bei den Privatvermögen liegt der Gini-Index bei 0,83.

von 2,8 Bio. Franken (2011) kommt die Statistik der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu einem ganz ähnlichen Wert. Mit anderen Worten: Gut die Hälfte aller Vermögen der Haushalte wird in den gängigen Debatten unter den Teppich gekehrt. Wie stark die vollständige Erfassung die gemessene Vermögensungleichheit in der Schweiz reduzieren würde, weiss niemand genau. Eine neuere Studie für Deutschland – ein Land, in dem die gemessene Vermögensungleichheit vergleichbar hoch ist – legt den Schluss nahe, dass der Effekt beträchtlich sein dürfte, insbesondere im Mittelstand. So sinkt der deutsche Gini-Koeffizient von 0,8 auf 0,6, sobald die Rentenversicherung zum Vermögen gezählt wird.

Der Sozialstaat ersetzt privates Sparen

Bemerkenswert ist ebenfalls, dass die erfassten Vermögen auch im egalitären Schweden ähnlich ungleich verteilt sind wie in der Schweiz und Deutschland. Der Gini-Koeffizient aller drei Länder beträgt 0,8. Dies legt die Vermutung nahe, dass ein stark ausgebauter Sozialstaat die Anreize zum privaten Sparen schwächt. Nur so ist erklärbar, warum die Zyprioten höhere Durchschnittsvermögen aufweisen als die Deutschen – wie dies eine Studie der Europäischen Zentralbank jüngst feststellte. Dies ist ein Argument mehr, auch die Altersvorsorge in die Analyse der Vermögensverteilung einzubeziehen.

Online-Publikation: 29.05.2013

Vermögend – und überdurchschnittlich steuerpflichtig

In der Schweiz werden Vermögende stärker zur Kasse gebeten als gemeinhin wahrgenommen: Die Last der Vermögenssteuer liegt vor allem auf den höheren Vermögen, die zudem mehrfach besteuert werden.

Marco Salvi

Die Schweiz ist eines der wenigen Länder, in denen das Privatvermögen der Haushalte direkt besteuert wird. In den USA ist eine Vermögenssteuer, wie wir sie kennen, von der Verfassung ausdrücklich untersagt. Deutschland, Österreich, Luxemburg, Schweden und Dänemark haben die Vermögenssteuer in den letzten zwei Jahrzehnten abgeschafft. Hierzulande hingegen stehen Vermögenssteuern erneut im Zentrum der steuerpolitischen Diskussion. Am 9. Juni wurde in Zürich über eine starke Erhöhung der Vermögenssteuer für natürliche Personen abgestimmt (die Initiative wurde vom Stimmvolk deutlich abgelehnt); im letzten Februar ist auf nationaler Ebene eine Initiative für eine neue Bundeserbschaftssteuer zustande gekommen.

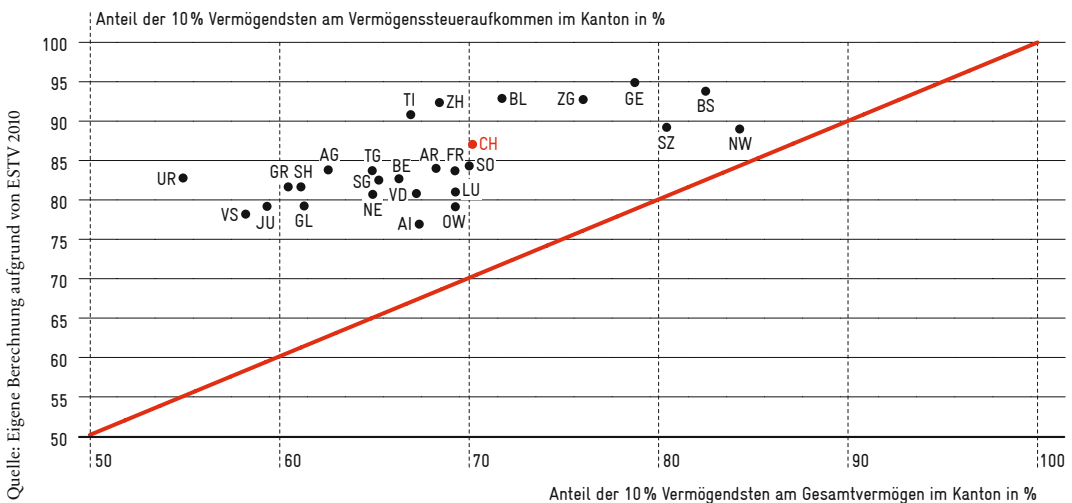
Anstoss für diese Initiativen ist die diffuse Vorstellung, dass vermögende Haushalte «zu gut wegkommen». Das entspricht aber nicht den Tatsachen.

Steuer für die Reichen

Über die Hälfte der Steuerzahler zahlt gar keine Vermögenssteuer, auch wenn sie über Vermögen verfügen. Zudem stellt das steuerlich erfasste Vermögen nur den kleineren Teil des Gesamtvermögens der Schweizer Haushalte dar – das in der 1., 2. und 3. Säule angesparte Rentenkapital gehört etwa nicht dazu (siehe dazu Seite 10). Auf dem verbleibenden Nettovermögen (Schulden werden verrechnet) wird ein je nach Kanton variabler Freibetrag abgezogen – meist zwischen 100 000

Steile Progression bei der Vermögenssteuer

Die Entfernung eines Kantons von der 45°-Linie kann als einfaches Mass für die Steilheit der Steuerprogression interpretiert werden. Am flachsten ist die Progression in Nidwalden; am steilsten im Kanton Uri. Die höchsten Grenzsteuersätze findet man in den Stadtkantonen Basel und Genf.



Neidökonomie

und 200 000 Franken. Erst ab einem Nettovermögen von deutlich über 200 000 Franken greift die Vermögenssteuer.

Die Last der Vermögenssteuer liegt vorwiegend auf den höheren Vermögen. Die Tarife sind in allen Kantonen progressiv, d. h. der durchschnittliche Steuersatz nimmt mit steigendem Vermögen überproportional zu. Dies veranschaulicht die Grafik, die den Anteil der 10 % Vermögenden am kantonalen steuerbaren Vermögen (horizontale Achse) dem Steuerertrag (vertikale Achse) gegenüberstellt. (Vermögenslose Steuerzahler wurden von der Analyse ausgeschlossen.)

Mehrfach besteuert

In der Grafik liegen sämtliche Kantone über der 45°-Linie, die die Proportionalität der Vermögensbesteuerung markiert. So vereinen im Kanton Zürich die 10 % Vermögenden gut 68 % des steuerbaren Vermögens – sie erbringen 92 % des Steueraufkommens. Zur Veranschaulichung: In Zürich zählt zum vermögendsten Zehntel, wer über ein Nettovermögen von mindestens 1 Mio. Franken verfügt. Die Steuerschuld beträgt in der Stadt Zürich dann ca. 1900 Franken pro Jahr. Bei einem Vermögen von 5,5 Mio. Franken – der Grenze zum reichsten Prozent der Zürcher – sind es bereits 27700 Franken. In Basel-Stadt und Genf sind die steuerbaren Vermögen stärker als in Zürich konzentriert. Hier verfügen die 10% Vermögenden über 79 % bzw. 83 % der Steuerbasis; sie liefern 95 % bzw. 94 % der Steuererträge ab.

Die Entfernung eines Kantons von der 45°-Linie kann als einfaches Mass für die Steilheit der Steuerprogression interpretiert werden. Am flachsten ist die Progression in Nidwalden; am steilsten im Kanton Uri. Die höchsten Grenzsteuersätze findet man jedoch in den Stadtkantonen Basel und Genf, wo sie etwas weniger als 1% betragen.

Schliesslich darf nicht vergessen werden, dass sich die Besteuerung des Vermögens nicht auf die Vermögenssteuer der natürlichen Personen beschränkt. Liegenschaftssteuern, Unternehmensgewinnsteuern oder Stempelabgaben besteuern die gleiche Steuerbasis – nur heissen sie anders.

Online-Publikation: 03.06.2013

«Neid ist ein großer Gleichmacher: Wenn er die Dinge nicht nach oben ausgleichen kann, gleicht er sie nach unten aus», schreibt die Krimiautorin Dorothy Sayers. Da geht es nicht darum, dass niemand weniger hat als man selbst, sondern dass auf keinen Fall jemand mehr haben darf. Der in Zürich lehrende Ökonom Ernst Fehr, einer der führenden experimentellen Verhaltensforscher, vertritt die Auffassung, dass eine milde Form des Neides ein emotionales Grundbedürfnis des Menschen sei.

Neid kann eine destruktive und eine positive Wirkung für die Entwicklung einer Gesellschaft entfalten. Entscheidend ist, ob das eine oder das andere überwiegt, und wie man gesellschaftspolitisch mit diesem urmenschlichen Gefühl umgeht. Versucht man Neidgefühle durch Gleichmacherei zu betäuben, also die Unterschiede von Einkommen und Status einzuebnen, wirkt Neid hemmend und rückwärts gewandt. Nivellierung führt bestenfalls zu Stillstand, meist aber zu Rückschritt.

Anders sieht es aus, wenn die Politik darauf angelegt ist, den Neid als Motor der Wirtschaft zu nutzen. Der Unterschied zum Reichen, zum Erfolg-Reichen, unter dem der Neider leidet, kann auch dadurch überwunden werden, dass es der Neider selbst durch Anstrengung (und etwas Glück) in die gleichen Sphären schafft. Neid wird dann zum Wetteifer, und damit zum Ansporn, selber aufzusteigen.

Natürlich redet niemand von Neid, wenn er über Einkommen und Löhne und deren angebliche nicht akzeptable Verteilung spricht. Neid ist in allen Kulturen durch und durch negativ belegt. Also sucht man Begriffe, die positiv konnotiert sind, zum Beispiel Gerechtigkeit, in der Regel verstanden als «Verteilungsgerechtigkeit». Doch Neid schwingt in allen Verteilungsdebatten mit. Die Crux ist, dass es keine objektiven Massstäbe für ein Zuviel oder Zuwenig an Einkommen oder Vermögen gibt. GS

Literaturhinweis: «Neidökonomie» von Gerhard Schwarz und Robert Nef; NZZ-Verlag, 2013

Auf dem Stand der 1960er Jahre

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund prangert die Einkommensverteilung in der Schweiz an. Seine Aussage, dass der Anteil der Top-Einkommen seit 1979 massiv gestiegen sei, muss bei genauer Betrachtung der Daten stark relativiert werden.

Patrik Schellenbauer

In alarmistischem Tonfall prangert der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) die Lohnentwicklung, die Einkommensverteilung und die Arbeitsbedingungen in der Schweiz an. Der kürzlich veröffentlichte Bericht «Lohndruck und ungerechte Verteilung» will den Eindruck vermitteln, dass die Lohnungleichheit in der Schweiz extrem zugenommen habe und eine «empörende» Umverteilung von unten nach oben im Gange sei. Um dies zu belegen, schrecken die Autoren auch vor dem Griff in die statistische Trickkiste nicht zurück.

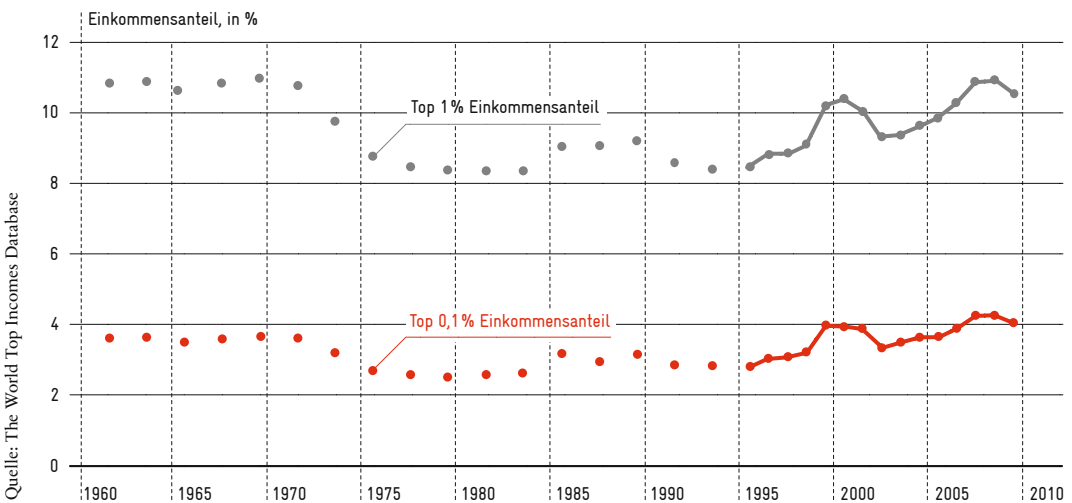
Der Bericht greift die Entwicklung der Top-Einkommen in der Schweiz auf – mit den hohen Einkünften einer kleinen Gruppe lässt sich in der politischen Grosswetterlage einfach Stimmung

machen. Konkret wird die Entwicklung des Anteils des obersten 1% resp. des obersten 0,1% der Einkommen am Gesamteinkommen abgebildet. Die Grafik des Gewerkschaftsbundes zeigt, dass der Anteil der 0,1% höchsten Einkommen zwischen 1979 und 2008 um 60% gestiegen ist, von 2,5% (1979) auf 4% (2008).

Warum dieser Zeitraum? Das Startjahr 1979 wurde vermutlich deshalb gewählt, weil sich der Anteil der hohen Einkommen damals auf einem Tiefpunkt befand. Während den 1960er Jahren lag der Anteil der Top-1%-Einkommen hingegen auf heutigem Niveau und über dem Durchschnitt der 2000er Jahre. Auffallend ist der starke Rückgang in der ersten Hälfte der 1970er Jahre. Dieser dürfte auf eine Kombination von zwei Faktoren

Top-Einkommen: viel Lärm um wenig Neues

Der Einkommensanteil der Top-Verdiener hat in den letzten 15 Jahren leicht zugenommen. Man könnte die langfristige Entwicklung aber durchaus als «grosse Seitwärtsbewegung» charakterisieren. Aktuell scheint sich der Anteil der Top-1%-Einkommen in der Schweiz auf den mittleren Wert von rund 10% einzupendeln.



zurückzuführen sein. Erstens ist die scharfe Rezession nach dem Erdölchock zu nennen. Hohe Einkommen sind den Wirtschaftszyklen erwiesenermassen viel stärker ausgesetzt als mittlere und tiefe Einkommen. Zweitens gab es Anfang der 1970er Jahre deutliche Steuererhöhungen. Den höheren Steuersätzen wurde möglicherweise ausgewichen, indem man Löhne in den Unternehmen belies statt sie auszuzahlen. Andere Top-Verdiener verliessen die Schweiz, und Dritte arbeiteten vielleicht einfach etwas weniger.

Grosse Seitwärtsbewegung

Die Daten für die Schweiz in der «World Top Incomes Database» reichen bis ins Jahr 1933 zurück. Im Kontext dieser fast 80 Jahre sieht die Entwicklung der Top-Einkommen während der letzten 15 Jahre weit weniger dramatisch aus. Man könnte die langfristige Entwicklung durchaus als «grosse Seitwärtsbewegung» charakterisieren. Aktuell scheint sich der Anteil der Top-1%-Einkommen in der Schweiz auf den mittleren Wert von rund 10 % einzupendeln.

Ganz anders verlief die Entwicklung in den USA. Dort stieg der Anteil der Top-1% massiv an, von 8 % (1979) auf rund 18 % in der zweiten Hälfte der letzten Dekade. Allerdings sind auch diese Werte nicht neu, sie wurden bereits in der Periode 1900–1940 beobachtet.

Es ist unbestritten, dass die hohen Löhne (und Einkommen) von der Wirtschaftsentwicklung der Schweiz am meisten profitieren konnten. Dies wurde schon in der Avenir-Suisse-Studie «Der strapazierte Mittelstand» festgestellt. Aber sollten wir uns darüber Sorgen machen? Die entscheidende Frage lautet, ob die Top-Verdiener für eine besondere Leistung an Wirtschaft und Gesellschaft belohnt werden. Handelt es sich um eigentliche Unternehmer, die ihr Vermögen

einem Risiko aussetzen und danach die Früchte ihrer Anstrengung ernten, ist die Frage mit einem uneingeschränkten Ja zu beantworten. Denn von ihrem Engagement profitieren letztendlich alle in Form von Arbeitsplätzen, Steuererträgen, neuen Produkten und Ideen. Zu bedenken ist auch, dass niemand von den Gescheiterten spricht: Sie fallen jeweils aus Abschied und Traktanden – sowohl statistisch als auch wirtschaftlich.

Schadenspotenzial von Arbeitsmarkt Eingriffen

Komplizierter liegen die Dinge, wenn es sich um führende Angestellte von Firmen handelt. Hier ist der Zusammenhang zwischen Verdienst und Leistung nicht immer offensichtlich. Einigen Managern ist ohne Zweifel das Augenmass abhanden gekommen, das man in der Schweiz voraussetzt. Doch das ist eine Frage der Politik, der Akzeptanz und der Ethik. Ökonomisch relevant ist hingegen die Frage, ob die hohen Gehälter und Boni in allen Fällen erforderlich sind, um Manager zu guten Leistungen anzutreiben. Auf einem funktionierenden Markt für Manager dürfte das zumindest teilweise zutreffen. Allerdings ist kein Markt perfekt, so dass die Spitzeneinkommen so mancher Manager ohne Zweifel mindestens teilweise «unverdient» sind. Allerdings ist von aussen kaum festzustellen, wo dies der Fall ist und wo nicht. Krude Eingriffe in diesen Markt, wie dies die 1:12-Initiative vorsieht, würden darum mit grosser Wahrscheinlichkeit mehr schaden als nützen. Und ob mit tieferen Managergehältern wirklich den «Kleinverdienern» geholfen wäre – wie dies die Gewerkschaften suggerieren – muss stark bezweifelt werden, denn eigentlich geht es bei den Managerlöhnen um einen Verteilungskampf zwischen dem Management und den Aktionären.

Eigentlich geht es bei den Managerlöhnen um einen Verteilungskampf zwischen Management und Aktionären.

Online-Publikation: 01.05.2013

Hohe Einkommen sind den Wirtschaftszyklen viel stärker ausgesetzt als mittlere und tiefe Einkommen.

Werden die Reichen immer reicher?

1:12-Initiative, Mindestlohn-Initiative: Die Lohn-Frage wird zum zentralen politischen Thema. Besteht wirklich Handlungsbedarf? Die Schweiz am Sonntag stellte Patrik Schellenbauer und Daniel Lampart fünf identische Fragen.

Streitgespräch mit Patrik Schellenbauer (Avenir Suisse) und Daniel Lampart (Chefökonom SGB)

1. Werden die Grossverdiener in der Schweiz immer reicher?

Patrik Schellenbauer (Avenir Suisse): Im langen Zeitraum gesehen stimme ich der Aussage nicht zu. So lag der Anteil der Top-Einkommen (die höchsten 1%) am Gesamteinkommen in den 60er-Jahren höher als in der letzten Dekade, dasselbe gilt für die 1930er-Jahre. Richtig ist, dass die hohen Löhne seit 1995 deutlich gestiegen sind. Aber sollte uns das Sorgen machen? Die Annahme, dass kleine und mittlere Löhne profitieren würden, wenn die Managergehälter sinken, ist falsch. Davon profitieren allenfalls die Aktionäre, wir sehen einen Verteilungskampf zwischen Arbeit und Kapital.

Daniel Lampart (Gewerkschaftsbund): Lohn-erhöhungen gab es in den letzten Jahren vor allem für die Grossverdiener. Heute leben in der Schweiz über 2500 Grossverdiener mit einem Salär von mindestens 1 Million Franken. 1997 waren es knapp 500. Hauptursache sind die Bonus-Lohnsysteme. Weil die Manager und Spezialisten glauben, dass es der Firma nur wegen ihnen gut geht, zahlen sie sich die grössten Boni aus.

Hätten die Firmen klassische Lohnsysteme mit generellen Lohnerhöhungen, ginge das nicht.

2. Werden die Kleinverdiener immer ärmer?

Schellenbauer: Nein, das ist falsch. Unsere Analysen zeigen sehr sicher, dass die ganz tiefen Löhne im Vergleich zu den mittleren Löhnen aufge-

holt haben. Erfreulicherweise schlägt sich dies und die abgesunkene Arbeitslosigkeit auch in sinkenden Armutsquoten nieder, wie ein Bericht des Bundesamtes für Statistik unlängst feststellte: Gemäss der SKOS-Richtlinie waren 2010 7,9% der Bevölkerung arm, 2008 waren es noch 9,1%. Das entspricht einer Abnahme um 70 000 Personen. Zudem hat sich die Armutslücke spürbar geschlossen, d.h. die Einkommen der Betroffenen liegen weniger weit von der Armutsgrenze entfernt.

Lampart: Ein Fünftel der Schweizer Erwerbstätigen kommt in Finanznot, wenn eine ausserordentliche Ausgabe von 2000 Franken, etwa für den Zahnarzt, nötig wird. Das spiegelt die Probleme im Land. Die tiefen und mittleren Löhne sind in den letzten Jahren unterdurchschnittlich gestiegen. Dank der Gewerkschaftskampagne «Keine Löhne unter 3000 Franken» ist die Situation nicht noch schlimmer. Sie verhinderte, dass die tiefen Einkommen komplett abgehängt wurden. Wie das leider in anderen Ländern der Fall war.

«Die Schweizer Mittelschicht hat grösstenteils eine Berufslehre gemacht. Bei ihnen lief es punkto Lohn besonders schlecht.»

Daniel Lampart

3. Der Mittelstand gilt als Verlierer der letzten Jahrzehnte. Trifft dies wirklich zu?

Schellenbauer: Es sind tatsächlich die mittleren Löhne, die in letzter Zeit am wenigsten zulegen konnten. Weil die Steuer- und Abgabenlast mit mittlerem Einkommen schon recht hoch ist, führt dies im Mittelstand verständlicherweise zu Unmut oder gar Frustration. Denn umgekehrt

«Die Annahme, dass kleine und mittlere Löhne profitieren würden, wenn die Managergehälter sinken, ist falsch.»

Patrik Schellenbauer

profitiert der Mittelstand weniger von Zuschüssen wie der Verbilligung der Krankenkassen, tiefen Krippentarifen oder vergünstigtem Wohnraum. Der Abstand nach unten ist kleiner geworden.

Lampart: Die Schweizer Mittelschicht hat grösstenteils eine Berufslehre gemacht. Bei ihnen lief es punkto Lohn besonders schlecht. Von 2002 bis

2010 ist der Lohn für Berufsleute mit Lehre nach Abzug der Teuerung sogar leicht gesunken. Über 140 000 von ihnen verdienen sogar weniger als 4000 Franken im Monat (bei Vollzeit). Zusätzlich haben die höheren Krankenkassenprämien und Mieten die Haushalte finanziell belastet. Da-

mit das Geld reicht, müssen in einer Familie heute beide Elternteile berufstätig sein.

«Dank dem Einsatz der Gewerkschaften haben die tiefen Einkommen mit den mittleren Schritt gehalten.»
Daniel Lampart

4. Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Einkommensschere arm/reich in der Schweiz, verglichen mit anderen Industrienationen?

Schellenbauer: International gesehen stehen wir allen Unkenrufen zum Trotz hervorragend da. Ausser den skandinavischen Ländern schafft es kein Land so gut wie die Schweiz, einen so hohen Wohlstand hervorzubringen und diesen gleichzeitig so breit zu verteilen. Die Verteilung der Vollzeitlöhne ist in der Schweiz sogar noch gleichmässiger als in den nordischen Staaten. Der Schlüssel dazu ist der flexible Arbeitsmarkt. Die Behauptung, die Schere habe sich in letzter Zeit massiv geöffnet, ist schlicht falsch.

Lampart: Auch in der Schweiz ist die Einkommensschere aufgegangen. Die hohen Einkommen und Grossverdiener sind lohnässig davongezogen. Dank dem Einsatz der Gewerkschaften haben wenigstens die tiefen Einkommen mit den mittleren Schritt gehalten. Das ist nicht in allen Ländern gelungen. Druck gibt es aber auf die

tiefen Löhne in Branchen ohne Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Gerade die reichen Besitzer der grossen Kleider- und Schuhgeschäfte weigern sich, einen GAV abzuschliessen.

5. Zukunftsblick: Geben Sie davon aus, dass sich die Schere in den nächsten Jahren eher öffnet oder schliesst?

Schellenbauer: In den letzten 3 Jahren ist die Ungleichheit in der Schweiz eher zurückgegangen. Ich erwarte für die nächste Zeit eine stabile Situation. Sorgen macht mir etwas anderes: Mit den geforderten Eingriffen in den Arbeitsmarkt (Mindestlöhne, 1:12, Sozialplanpflicht) sägen wir am Ast, auf dem wir alle sitzen. Löhne sind eben nicht nur Einkommensgrundlage, sondern auch Preise für Arbeitsleistungen und Qualifikationen. Es ist der grosse Irrtum der Linken, man könne ohne negative Folgen an Löhnen herumschrauben. Mindestlöhne von 22 Franken pro Stunde nützen kurzfristig jenen Kleinverdienern, die Arbeit haben, schaden langfristig aber gering Qualifizierten, die Arbeit suchen.

Lampart: Das hängt von der Politik ab. Die Schweiz hat es in der Hand, die Lage zu verbessern. Studien für alle Länder zeigen: Mit guten Gesamtarbeitsverträgen und Mindestlöhnen, mit generellen Lohnerhöhungen, aktiven Gewerkschaften und einer klugen Bildungspolitik kommen die Normalverdiener zu faireren Löhnen. In anderen Ländern fördert die Regierung beispielsweise Gesamtarbeitsverträge. In der Schweiz will der Bundesrat nichts tun. Obwohl sogar die Lohnsituation von vielen Leuten mit abgeschlossener Lehre schlecht ist.

«Es ist der grosse Irrtum der Linken, man könne ohne negative Folgen an Löhnen herumschrauben.»
Patrik Schellenbauer

Dieser Artikel erschien in der «Schweiz am Sonntag» vom 05.05.2013.

Mit freundlicher Genehmigung der «Schweiz am Sonntag».

Vom Anreiz, (ein) wenig zu arbeiten

In der Schweiz ist Teilzeitarbeit besonders beliebt, vor allem bei Frauen. Dies hat spezifische Gründe, die nicht nur mit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu tun haben, sondern auch mit falschen steuerlichen Anreizen.

Patrik Schellenbauer

Die rekordhohe Erwerbsquote in der Alterskategorie von 15 bis 64 Jahren beschert der Schweiz auch hinsichtlich der Einkommensverteilung regelmässig Spitzenplätze. Die Quote betrug im Jahr 2011 82,5%. Der Zusammenhang zwischen Teilnahme am Arbeitsmarkt und Teilhabe am Wohlstand ist offensichtlich: Je mehr Menschen in Arbeit sind, desto breiter wird das erarbeitete Sozialprodukt verteilt. Eine hohe (gemessene oder verdeckte) Arbeitslosigkeit führt hingegen zu mehr Ungleichheit als sämtliche Unterschiede in den Löhnen. Nimmt man das Schweizer «Beschäftigungswunder» unter die Lupe, so zeigt sich eine Besonderheit. Der Anteil der Teilzeitangestellten an allen Erwerbstätigen liegt mit 34% deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Während der tiefe Anteil Teilzeit arbeitender Männer mit 13% nicht besonders auffällt, liegt die Teilzeitquote der erwerbstätigen Schweizer Frauen mit 60% fast doppelt so hoch wie in der EU-27 (32,5%). Nur die Holländerinnen sind noch öfter teilzeitbeschäftigt.

Mehr Frauen mit kleineren Pensen

Schweizer Frauen sind heute fast so häufig erwerbstätig wie die Männer. Es ist für Frauen zur Norm geworden, auch in der Kleinkinderphase im Arbeitsmarkt zu bleiben. Als Folge dieses Wandels ist die weibliche Erwerbsquote seit 1991 von 67% auf 78% gestiegen. Gleichzeitig aber hat der Teilzeitanteil noch stärker zugenommen, um rund ein Drittel von 46% auf 60%. Das weibliche Gesamtarbeitsvolumen ist deshalb nur wenig gestiegen. Welche Faktoren stehen hinter der weiblichen Vorliebe für Teilzeitarbeit?

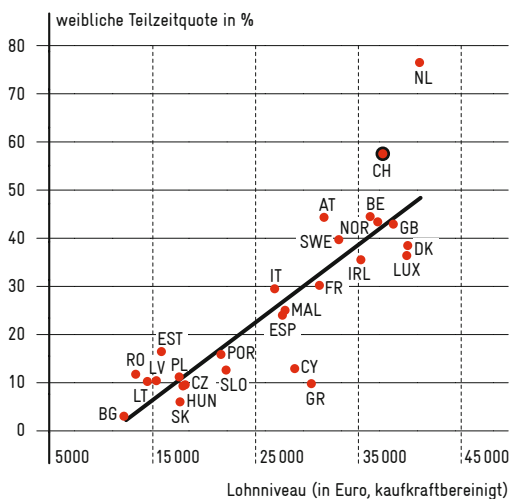
Der Dauerbrenner und bestens bekannte Grund ist noch immer die schwierige Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zwar wurde das Angebot an familienexterner Kinderbetreuung in

den letzten Jahren massiv ausgebaut und Blockzeiten an den Schulen gehören heute vielerorts zum selbstverständlichen Standard. Trotzdem ist es noch immer ein kleines Kunststück, die zunehmenden Ansprüche an Flexibilität und Verfügbarkeit in einem anspruchsvollen Job mit fixen Öffnungszeiten von Krippen oder den Bedürfnissen von Schulkindern unter einen Hut zu bringen. Aber das alles ist nicht neu, und vor allem vermag es die Zunahme des Teilzeitanteils nicht vollständig zu erklären. Es sind auch ökonomische Faktoren und falsch gesetzte Anreize am Werk:

- Im EU-Länderquerschnitt gibt es einen starken Zusammenhang zwischen dem Lohnniveau und dem Anteil der Teilzeit beschäftigten

Weil wir uns Teilzeitarbeit leisten können ...

Mit steigendem (kaufkraftbereinigtem) Lohnniveau nimmt der Teilzeitanteil bei Frauen in der EU zu, in Tieflohnländern (Polen, Ungarn) liegt er tief.



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

Frauen. Die Grafik 1 zeigt, dass der weibliche Teilzeitanteil der EU-Länder mit steigendem (kaufkraftbereinigtem) Lohnniveau zunimmt. Diese einfache Gleichung erklärt über 70 % der Variation der Teilzeitquoten. In Tieflohnländern (z. B. Polen und Ungarn) bewegt sich der Anteil zwischen 5 % und 20 %, während er in den Hochlohnländern (z. B. Deutschland und Dänemark) um 40 % liegt. Das bedeutet: Viele von uns arbeiten Teilzeit, weil wir es uns leisten können. Den Zusammenhang gibt es auch bei den Männern, allerdings viel weniger ausgeprägt.

- Die Teilzeitquote der Schweizer Frauen von fast 60 % ist aber auch so nicht vollständig erklärbar. Hier kommen steuerliche (Fehl-)Anreize ins Spiel. Um die «Heiratsstrafe» zu mildern, wurde in der direkten Bundessteuer 2008 ein gesonderter Abzug für Ehepaare eingeführt, wo beide erwerbstätig sind. Grundsätzlich ist die Hälfte des tieferen Einkommens abzugsfähig, mindestens jedoch 8100 Franken und höchstens 13400 Franken. Die Kantone kennen jeweils eigene Bestimmungen. Die

ersten gearbeiteten Stunden werden sehr tief besteuert, teilweise sogar negativ.

- Mit steigendem Anstellungsgrad gewinnt die Einkommensprogression an Gewicht. Zum einen ergibt sich die Belastung – abhängig vom Einkommen des Erstverdieners – aus der formellen Steuerprogression von Bundes-, Kantons- und Gemeindesteuern. Bei mittleren Einkommen kommt die Reduktion von einkommensabhängigen Transfers hinzu. Ins Gewicht fällt vor allem die Vergünstigung der Krankenkassenprämien. Müssen Kinder extern betreut werden, sind einkommensabhängige Krippentarife zu berücksichtigen. Unter Einschluss von AHV/IV- und BVG-Beiträgen ergeben sich bei mittleren Einkommen nicht selten Grenzsteuersätze auf dem Zweiteinkommen von 80 %, in Einzelfällen sogar 100 %.

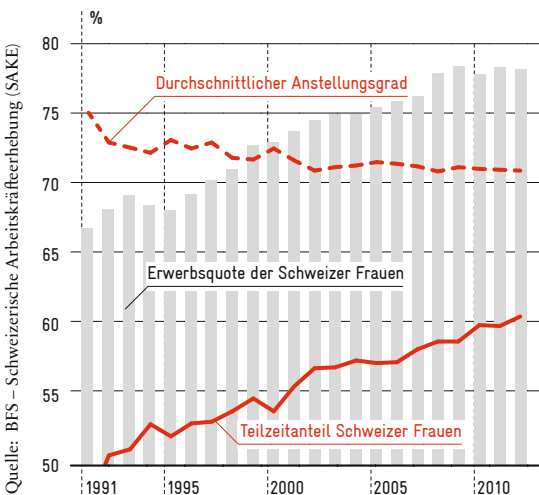
Arbeiten lohnt sich nicht immer

Der Doppelverdienerabzug (bei gemeinsamer Steuerveranlagung) wirkt faktisch wie eine Subvention einer (geringen) Arbeitsmarktpartizipation von Frauen, der Zusatzverdienst bei höherem Anstellungsgrad wird hingegen – explizit oder implizit – massiv besteuert. Zusammen mit dem Wohlstandseffekt des hohen Lohnniveaus erklärt dies, warum Frauen in der Schweiz zwar (fast) alle arbeiten, der Teilzeitanteil aber einzigartig hoch und der durchschnittliche Anstellungsgrad tief liegt. Für Frauen mit gut verdienenden Ehepartnern ist ein höherer Mehrverdienst ein Luxusgut.

Dieses Beschäftigungsmuster beeinflusst auch die Einkommensverteilung. Während nämlich die Schweizer Stundenlöhne die gleichmässigste Verteilung aller OECD-Länder aufweisen, zeigen die ausbezahlten Löhne aufgrund des hohen Teilzeitanteils eine höhere Ungleichheit, die sich bis zu den verfügbaren Einkommen der Haushalte fortpflanzt. Die Verteilung der Einkommen wird so auch von steuerlichen Anreizen und dem Wohlstandsniveau selbst beeinflusst.

... und sich höhere Pensen nicht auszahlen

Höhere Zweitverdienste werden wie Luxusgüter besteuert. Das ist mit ein Grund dafür, dass Schweizer Frauen (15–64 Jahre) Teilzeitpensen bevorzugen.



Online-Publikation: 24.06.2013

Stellung gehalten dank Mehrarbeit

Der Schweizer Mittelstand konnte seine wirtschaftliche Position halten, indem er den Rückstand in der Lohnentwicklung durch einen grösseren Arbeitseinsatz wettmachte – vor allem dank den Frauen.

Patrik Schellenbauer

Armut wird in reichen Ländern als nicht akzeptabel angesehen, aber auch ein zu starkes Abheben hoher und höchster Einkommen wird – gerade in der auf Mässigung bedachten Schweiz – mit Argwohn betrachtet. In Verteilungsdebatten interessieren darum die Ränder

der Gesellschaft mehr als die Mitte und Untersuchungen zum Zentrum der Einkommensverteilung waren lange Zeit Mangelware. Dies hat sich in letzter Zeit jedoch geändert. Lange Zeit waren die Mittelstandsberichte des Büros BASS die einzig verfügbaren Informationsquellen. Avenir Suisse publizierte im Oktober 2012 eine umfassende Analyse zur wirtschaftlichen

Lage und zur Befindlichkeit im Schweizer Mittelstand. Auf einen kurzen Nenner gebracht lautet das Fazit: der Mittelstand wurde relativ zu den hohen und tiefen Einkommen zurückgesetzt, obwohl es ihm absolut gesehen sehr gut geht. Die Schweiz ist zwar vom global zu beobachtenden Anstieg der Einkommensungleichheit nur wenig betroffen, doch das Abgaben- und Transfersystem erschwert dem Mittelstand den Aufstieg, was als ein wichtiger Grund für den verbreiteten Unmut identifiziert wurde.

Resilienz der mittleren Einkommen

Die Diskussion um die Lage des Schweizer Mittelstandes erhielt jüngst neue Nahrung von offizieller Seite. Das Bundesamt für Statistik (BFS) doppelte mit einer eigenen Studie «Die Mitte

im Fokus» nach. In dem Bericht kommen die Statistiker des Bundes zu weitgehend anderen Schlüssen als Avenir Suisse. Vor allem die von uns ins Zentrum gestellte Polarisierung liess sich nicht nachweisen. Im Gegenteil: Gemäss den Zahlen des BFS wurde die Einkommensmitte sogar eher gestärkt. Zu diesem Fazit gelangt die Studie, indem sie den Anteil mittelständischer Haushalte für die Periode 2000–2009 verfolgte. Dazu zählte sie alle Haushalte, die zwischen 70 % und 150 % des Medianeinkommens erzielten. Bewegte sich der so definierte Anteil des Mittelstands um das Jahr 2000 knapp unter 60 %, so kam er 2009 bei 62 % zu liegen. Dies bestätigt im Übrigen die erwähnten BASS-Untersuchungen, die ebenfalls eine bemerkenswert hohe Resilienz der mittleren Einkommen feststellten.

Von einer «Strapazierung» des Mittelstandes also keine Spur? Wie sind die widersprüchlichen Ergebnisse und Folgerungen einzuordnen? Hat jemand einfach falsch gerechnet? Oder wurden gleiche Resultate völlig unterschiedlich gewertet, ein weiterer Beleg dafür, dass statistisch alles bewiesen werden kann?

Mitnichten. Das Bundesamt für Statistik stützt sich auf die Befragungsdaten der Haushaltsbudgeterhebung (HABE), die Einkommen und Ausgaben der Haushalte erfasst. Die BFS-Analyse trifft Aussagen über die Verteilung der Bruttoeinkommen der Haushalte, die mittels Äquivalenzskalen vergleichbar gemacht werden. Zum Bruttoeinkommen zählen sämtliche Einkommensquellen aller Haushaltsmitglieder: Löhne und Kapitaleinkommen wie Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen, aber auch staatliche Transfers (alle Renten, Arbeitslosengelder usw.) und private Transfers zwischen Haushalten (z. B. Alimente und Unterstützung durch die Eltern) sowie Naturaleinkommen.

Der Mittelstand wurde relativ zu den hohen und tiefen Einkommen zurückgesetzt, obwohl es ihm absolut gesehen sehr gut geht.

Kompensation durch grösseren Arbeitseinsatz

Avenir Suisse hingegen untersuchte den Arbeitsmarkt und die Löhne mit den Daten der Lohnstrukturhebung. Das relative Zurückbleiben der mittleren Löhne wird auf Stufe der Bruttohaushalteinkommen von verschiedensten Effekten überlagert: Zu einem von der Entwicklung (und Korrelation) aller anderen Einkommensquellen, zum andern von den Veränderungen der Haushaltszusammensetzung (z. B. Anzahl der Kinder). Ein weiterer wichtiger Faktor besteht darin, dass die Arbeitsbeteiligung der Bevölkerung in der Untersuchungsperiode zugenommen hat, angetrieben vor allem durch die höhere Partizipation der Frauen. Diese vermochte die etwas gesunkene Beteiligung der Männer mehr als auszugleichen. Dazu kommt, dass sich die Geschlechter-Lohnschere etwas verringerte. Da das Erwerbseinkommen für den aktiven Mittelstand die mit Abstand wichtigste Einkommensquelle ist, wirkten beide Effekte der ungünstigeren Entwicklung bei den mittleren Löhnen entgegen. Mit anderen Worten: Der Mittelstand machte

den Rückstand in der Lohnentwicklung unter anderem dadurch wett, dass er mehr arbeitete.

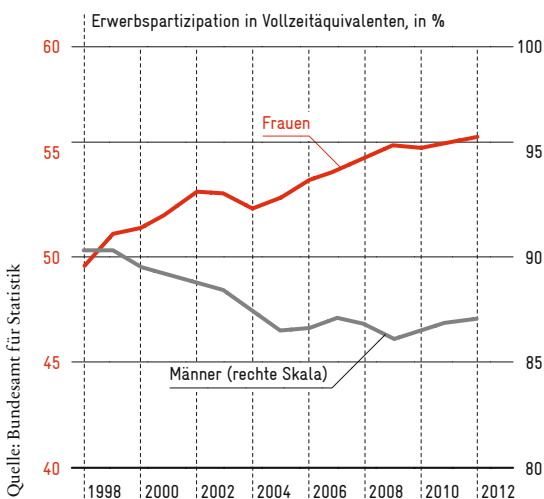
Die Resultate der BfS-Studie widersprechen der Diagnose einer Polarisierung auf dem Arbeitsmarkt also nicht. Die Situation für den Mittelstand blieb insgesamt stabil, was – wenn man sich im Ausland umschaute – schon als höchst erfreulich bezeichnet werden darf. Allerdings musste er einen grösseren Arbeitseinsatz und eine höhere Anstrengung leisten, um seine Position im Einkommensgefüge zu halten. Diese Zusatzbelastung wird sehr wohl wahrgenommen. Aufgrund konstanter Anteile in den Bruttoeinkommen der Haushalte zu schliessen, es habe sich nichts verändert, greift jedenfalls etwas zu kurz.

Online-Publikation: 01.03.2013

Der Mittelstand machte den Rückstand in der Lohnentwicklung unter anderem dadurch wett, dass er mehr arbeitete.

Fleissige Frauen

Die höhere Partizipation der Frauen vermochte die gesunkene Beteiligung der Männer mehr als auszugleichen: Die Arbeitsbeteiligung nahm insgesamt zu (1998–2012).



Patrik Schellenbauer und Daniel Müller-Jentsch
Der strapazierte Mittelstand
Verlag Neue Zürcher Zeitung,
292 Seiten, 38 Franken

Risiken und Nebenwirkungen

Gesetzliche Mindestlöhne helfen nicht denjenigen, für die sie gedacht sind: Sie gefährden Stellen am unteren Ende des Qualifikationsspektrums und erhöhen den Konkurrenzdruck für gering Qualifizierte.

Patrik Schellenbauer

Niemand wird ernsthaft etwas gegen das Ziel einwenden, dass man von der eigenen Arbeit ein anständiges Leben sollte führen können. Entsprechend populär ist die Mindestlohninitiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB). Sie sieht einen generellen Mindestlohn von 22 Franken pro Stunde oder etwa 4000 Franken pro Monat vor. Auf den ersten Blick scheint dies im Hochlohnland Schweiz nicht überrissen hoch.

«Gerechtigkeit» ist nicht die Logik des Arbeitsmarktes

Kann man als sozial verantwortungsvoller Mensch trotzdem gegen einen gesetzlichen Mindestlohn eintreten? Ja, man kann. Die Befürworter von Mindestlöhnen beurteilen das Lohnge-

füge ausschliesslich durch die «Verteilungsbrille»: nur ein «gerechter» Lohn ist ein korrekter Lohn. Tieflohne, die nicht zum Leben reichen, sind «ungerecht» und müssen deshalb korrigiert werden. Doch dies entspricht nicht der Logik des Arbeitsmarktes. Löhne sind zwar für die meisten von uns die ökonomische Lebensgrundlage, in erster Linie sind sie aber Preise, die Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zusammenführen, indem sie Knappheit oder Überfluss signalisieren. Hoheitliche Eingriffe ins Lohngefüge behindern oder unterbinden diese zentrale Funktion des Lohnes und führen zu unerwünschten Risiken und Nebenwirkungen.

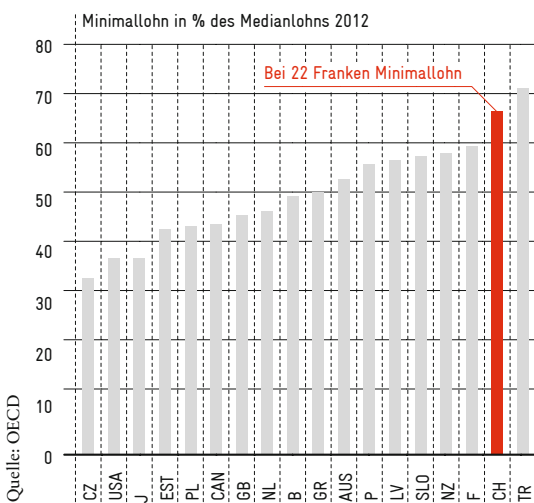
Ökonomen beurteilen Lohnuntergrenzen kritisch

Die am meisten diskutierte Frage ist, ob durch den künstlich erhöhten Lohn am unteren Ende des Qualifikationsspektrums Stellen für gering Qualifizierte verloren gehen. Ein über den Marktlöhnen liegender Mindestlohn führt nur dann nicht zu Jobverlusten, wenn die Firmen die Mehrkosten vollständig auf die Konsumenten überwälzen können oder keine Möglichkeit haben, die teurere Arbeit mit Maschinen zu ersetzen oder aus dem Betrieb auszulagern. Dies ist in Einzelfällen zwar möglich, der Extremfall einer vollständig unelastischen Arbeitsnachfrage dürfte aber kaum die Regel sein.

Aus diesem Grund ist die Mehrheit der Ökonomen gegenüber Mindestlöhnen kritisch eingestellt. Die meisten Studien und die Meta-Analysen für die USA kommen zum Schluss, dass Lohnuntergrenzen der Beschäftigung gering Qualifizierter nicht förderlich sind. Wie viele Jobs im konkreten Fall verloren gehen, hängt entscheidend davon ab, auf welchem Niveau die Untergränze angesetzt wird. Auch wenn die gemessenen negativen Beschäftigungseffekte in der Regel

Mindestlohn hilft nicht den Working Poor

Ein im internationalen Vergleich hoher Mindestlohn würde den Konkurrenzdruck erhöhen und die Beschäftigungsaussichten von weniger produktiven Arbeitnehmern mindern.



Quelle: OECD

nicht massiv sind, bleiben die Erfolge hinsichtlich des eigentlichen Ziels einer gleichmässigeren Verteilung bescheiden. Denn der Verlust des Arbeitsplatzes bedeutet für die Betroffenen meist Arbeitslosigkeit, die durch das bessere Einkommen der in Arbeit Verbliebenen aufgewogen werden muss.

Eine einzige Studie als «Kronzeugin»

Trotzdem wird das Thema auch kontrovers diskutiert. In einer viel beachteten Studie von Dube, Lester und Reich (2010) konnten in den USA keine negativen Beschäftigungseffekte bei Tieflohnjobs nachgewiesen werden. Die Untersuchung nützt die Tatsache, dass neben dem nationalen Mindestlohn unterschiedliche Minimalvorschriften auf der Ebene der US-Bundesstaaten existieren. Darauf basierend wurde die Beschäftigungsentwicklung in angrenzenden und somit ähnlichen, aber gleichzeitig durch Bundesstaatsgrenzen getrennten «Counties» (Bezirke) über 15 Jahre untersucht. Die erwähnte Arbeit wird von den Mindestlohnbefürwortern gerne als «Kronzeugin» für ihre Sache zitiert. Allerdings ist es unzulässig, die Resultate einer einzigen Studie zu verallgemeinern. Insbesondere gilt es folgende Punkte zu beachten:

- Wie die Autoren selbst schreiben, können ihre Befunde nicht auf Länder mit viel höherem Minimallohn übertragen werden. Der staatliche Mindestlohn der USA betrug 2012 38 % des Medianlohns. Die Forderung nach mindestens 22 Franken würde den Schweizer Minimallohn hingegen bei 67 % des mittleren Lohnes ansetzen, den zweithöchsten relativen Wert im Vergleich aller OECD-Länder mit Mindestlöhnen. Konkret: Der durchschnittliche Mindestlohn in der amerikanischen Studie betrug tiefe 4,84 US \$!
- Die Studie bezieht sich weitgehend auf Stellen in Restaurants und Fast-Food-Ketten, die Resultate können darum nicht unbeschadet generalisiert werden.
- Es wurde nur die Anzahl Jobs beobachtet, nicht aber die gearbeiteten Stunden. Es ist gut möglich, dass die Verteuerung der unqualifizierten Arbeit mit reduzierter Anstellung aufgefangen wurde.

Auch Studierende wären Nutzniesser

Mögliche Arbeitsplatzverluste sind das eine, der Mindestlohn hat aber Auswirkungen auf das ganze Qualifikationsgefüge, nicht nur auf diejenigen, die weniger als den Mindestlohn verdienen. An einer gegebenen Arbeitsstelle vermögen nicht alle gleich viel zu leisten – wir sind unterschiedlich produktiv. Eine Lohnuntergrenze gibt den Firmen den Anreiz, auf produktivere Stellenbewerber auszuweichen, denen sie von sich aus mehr zahlen würden als die Lohnuntergrenze fordert. Arbeitnehmer mit einer Produktivität leicht oberhalb dieser Schwelle werden aus Sicht der Arbeitgeber attraktiver. Ihr Lohn wird steigen. Indirekte Nutzniesser eines Mindestlohns von 22 Franken wären darum unter anderem Studierende, die einen Neben- oder Ferienjob suchen. Die schlechter Qualifizierten werden zwar nicht lohnässig das Nachsehen haben, aber ihre Beschäftigungsaussichten werden schwinden. Dieser fatale Nebeneffekt unterstreicht, dass Mindestlöhne nicht primär denjenigen helfen, für die sie gedacht sind. Übrigens weisen auch Dube, Lester und Reich darauf hin, dass ihre Studie zu dieser Substitution von Geringverdienern durch die nächst besser Qualifizierten keine Aussage macht.

Mindestlöhne würden den Zuwanderungssog verstärken

Vor dem Hintergrund der Personenfreizügigkeit erhält dieser Aspekt eine besondere Brisanz. Ein Mindestlohn in der vom Gewerkschaftsbund geforderten Höhe von 22 Franken pro Stunde könnte zusätzliche motivierte Arbeitnehmer aus dem Euroraum in die Schweiz ziehen, wo sie in Konkurrenz zu geringer qualifizierten Inländern treten. Kaufkraftbereinigt entspricht ein Monatslohn von 4000 Franken nämlich genau dem italienischen Durchschnittsgehalt und übersteigt den portugiesischen Durchschnittslohn um nicht weniger als 36%. Der Ruf nach Beschäftigungsgarantien und der Neuaufgabe des Inländerprivilegs würde wohl bald erschallen.

Online-Publikation: 02.07.2013

Geringer Umverteilungs-«Bedarf»

In der Schweiz wird nicht deswegen weniger umverteilt, weil man hier besonders unsensibel gegenüber Ungleichheit wäre, sondern weil sich die Einkommensschere im internationalen Vergleich auch ohne staatliche Umverteilung nur wenig öffnet.

Gerhard Schwarz

In kaum einem Land ist die Verteilung der Markteinkommen, bevor der Staat umverteilend eingreift, so gleichmässig wie in der Schweiz.

Der erste Eindruck ist überraschend. Die Schweiz ist bekanntlich ein Land des Ausgleichs. Und ausgerechnet in diesem Land des Zusammenhalts, des Konsenses, auch der Solidarität, ist die Umverteilung eine der niedrigsten weltweit. Das zeigt die wirtschaftspolitische Grafik dieses Monats in ihrem oberen Teil. Dort wird anhand der Reduktion des sogenannten Gini-Koeffizienten abgebildet, wie stark die Umverteilung ist. Nur in Südkorea und in Island fällt die Umverteilung noch etwas schwächer aus. Selbst in den kaum als Umverteilungshochburg geltenden USA ist sie deutlich stärker. Unter den Nachbarländern der Schweiz ist sie in Deutschland und in Italien mehr als doppelt, in Frankreich und Österreich sogar ungefähr dreimal so hoch.

«Gleicher» als Deutschland

Die Grafik zeigt aber auch, warum das so ist: In kaum einem Land ist die Verteilung der Markteinkommen (Löhne, Kapitaleinkommen, Mieteinnahmen), bevor der Staat umverteilend eingreift, so gleichmässig wie in der Schweiz. Das zeigen die Balken unterhalb der Null-Linie. Je länger der Balken, je höher also der Gini-Koeffizient ist, desto ungleicher ist die «Primärverteilung». Von den dargestellten Ländern weist nur Korea eine gleichmässiger Primärverteilung auf, alle anderen schneiden «schlechter» ab (sofern man ungleicher per se als schlechter ansehen wollte, was eine fragwürdige Gleichsetzung wäre). Mit anderen Worten besteht in allen anderen Ländern ein grosserer Umverteilungsbe-

darf, sofern man mehr Gleichheit anstrebt oder die untersten Schichten über ein bestimmtes Niveau heben möchte. Und weil die Primäreinkommen in der Schweiz gleichmässig verteilt sind, ist trotz der geringen Umverteilung auch die Verteilung der Netto-Einkommen in der Schweiz gleicher als etwa in Deutschland, Frankreich oder Italien, wo überall mehr umverteilt wird.

Einkommensschere öffnet sich kaum

Die relative Gleichmässigkeit der Einkommensverteilung wird durch andere Statistiken bestätigt. So erhielten 2010 bei den Arbeitseinkommen die obersten 10 % in der Schweiz brutto 2,7 mal mehr als die untersten 10 %. In den USA lag diese Verhältniszahl bei 5,0, in Grossbritannien bei 3,6. Auch in Deutschland und Österreich lag sie deutlich höher, darunter (allerdings nicht sehr stark) lag sie, von den Ländern, für die Daten vorliegen, nur in Finnland, Norwegen, Schweden, Belgien und Italien (wo der Wert mit etwas über 2,2 am niedrigsten ist). Und der Wert ist seit 1996 relativ stabil geblieben. Damals war ein Faktor von 2,4 verzeichnet worden. Diese Stabilität gilt übrigens auch, wenn man nur das oberste 1% der Arbeitseinkommen betrachtet. Dieses hat in der Schweiz, im Gegensatz zu den angelsächsischen Ländern, seinen Anteil seit 1990 kaum gesteigert, ja der Anteil ist sogar seit 1930 mit leichten Schwankungen gleich geblieben. Einzig beim obersten Promille sieht es etwas anders aus, allerdings verlief die Entwicklung in der Schweiz deutlich verhaltener als in den USA.

Fragt man anders herum, wie viel Prozent der Bevölkerung es relativ schlecht geht, nämlich wie viel Prozent der Arbeitnehmer brutto weniger als $\frac{2}{3}$ des (in der Schweiz sehr hohen) Medianeinkommens verdienen, stellt man fest, dass dies

nur gut 9% sind, nicht nur markant weniger als in vielen vergleichbaren Ländern, sondern auch rund 4% weniger als im Jahr 2000. In den USA liegt der Anteil bei rund 25%, in Deutschland ist er mit 18% doppelt so hoch wie in der Schweiz (und 3 Prozentpunkte höher als vor zehn Jahren), in Österreich bewegt er sich in ähnlichen Gefilden (16%).

Übersehene Vermögenswerte

Nun wird von Freunden der Umverteilung oft eingewandt, man konzidiere zwar eine gewisse Gleichmässigkeit der Einkommen, aber schlimm sei es um die Vermögensverteilung bestellt. In der Tat verleitet der erste Blick auf die Statistiken zu einem falschen Urteil. Gemäss den Steuerdaten haben nämlich fast 60% der Steuerpflichtigen kein Reinvermögen oder eines von weniger als 50 000 Franken. Diese Zahlen berücksichtigen aber das in der 2. und 3. Säule angesparte Kapital ebenso wenig wie die Marktwerte der Immobilien. Letztere gehen oft um die Hälfte oder mehr unter dem Marktwert in die Statistik ein. Somit werden die zwei wichtigsten Vermögens-

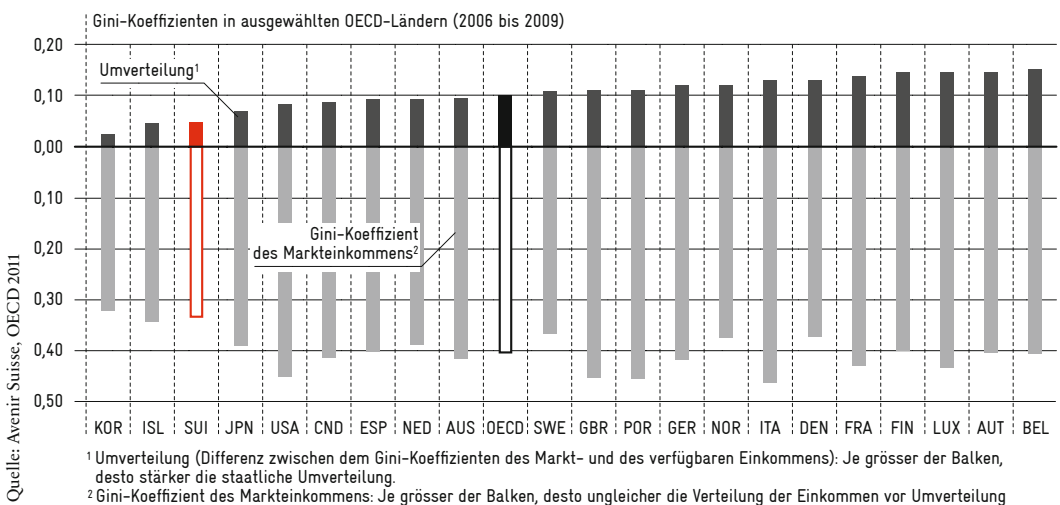
werte privater Haushalte in der Statistik ignoriert oder stark untergewichtet: Würde man die Vermögensstatistik um diese Unsauberkeiten bereinigen und zudem statt steuerpflichtiger Individuen eher Haushalte als Bezugsgrössen wählen, stellte man fest, dass mehr als ein Fünftel (22%) der Haushalte in der Schweiz über Vermögen von mehr als 1 Mio. Franken verfügen. Weltweit liegen nur Singapur und Hongkong darüber.

Die Quintessenz ist offensichtlich: In der Schweiz wird nicht deswegen so wenig umverteilt, weil das Land besonders unsensibel gegenüber Ungleichheit ist, sondern weil diese Ungleichheiten auch ohne staatliche Umverteilung gering sind. Der im Vergleich relativ liberale Arbeitsmarkt produziert per se nicht mehr, sondern weniger Ungleichheit. Und wenn man die wichtigsten Vermögenswerte nicht ausblendet, verfügen in der Schweiz auch ungewöhnlich viele Haushalte über Real- und Geldvermögen von zusammen mehreren hunderttausend Franken.

Dieser Artikel erschien in der Neuen Zürcher Zeitung vom 27.04.2013. Mit freundlicher Genehmigung der Neuen Zürcher Zeitung.

Wenig Umverteilung und gleichmässige Einkommensverteilung in der Schweiz

In kaum einem Land ist die Verteilung der Markteinkommen vor den umverteilenden Eingriffen des Staates so gleichmässig wie in der Schweiz. Der Umverteilungsbedarf (und die -kosten), um eine ähnliche Verteilung der verfügbaren Einkommen zu erreichen wie die Nachbarländer, ist für die Schweiz somit kleiner.



Was ist ein Lohn wert?

Wir können uns grössere und luxuriösere Wohnungen leisten und müssen weniger lange arbeiten, um den Grundbedarf zu decken. Gemessen an der Kaufkraft geht es heute allen Bevölkerungsschichten besser als je zuvor.

Simone Hofer Frei und Patrik Schellenbauer

Wir können uns heute mehr leisten für unseren Lohn – oder müssen weniger lang arbeiten, um unseren Grundbedarf an Gütern und Dienstleistungen zu decken.

Die Höhe des Einkommens in Franken und Rappen sagt wenig darüber aus, was man sich damit alles leisten kann. Genauso wenig lassen sich allein aufgrund des Preisniveaus Aussagen machen über die Binnen-Kaufkraft in einem Land. Erst die Entwicklung des Lohnes im Verhältnis zur Entwicklung der Preise für die Grund-

ausgaben für Wohnen, Essen und Trinken, Haushalt, Körperpflege, Mobilität, Ausbildung und Freizeit zeigt, wie sich die Binnen-Kaufkraft entwickelt hat.

In Medien und Öffentlichkeit dominiert die Auffassung, dass die Lebenshaltungskosten vor allem für Mieter stark zugenommen haben, während die Löhne im gleichen Zeitraum stagnierten. Der Eindruck

ist weitgehend falsch: Gemessen an der Kaufkraft, geht es heute allen Bevölkerungsschichten in der Schweiz besser als zuvor.

Weniger lang arbeiten für ein Kilo Brot

Wir können uns heute mehr leisten für unseren Lohn – oder müssen weniger lang arbeiten, um unseren Grundbedarf an Gütern und Dienstleistungen zu decken. Dafür gibt es zwei Hauptgründe:

- 01_ Dank steigender Produktivität, tiefer Arbeitslosigkeit und der starken Exportnachfrage für Schweizer Produkte sind die Löhne für alle Bevölkerungsgruppen gestiegen.
- 02_ Die globale Arbeitsteilung und der technische Fortschritt haben viele alltägliche Güter

und Dienstleistungen nominal verbilligt, besonders Kleider, Nahrung, Verkehr und Telekommunikation. Insgesamt ist die reale Kaufkraft einer Stunde Arbeit in der Schweiz stark gestiegen. Hinzu kommt noch, dass der starke Schweizer Franken Ferien und Einkäufe im Ausland billiger macht.

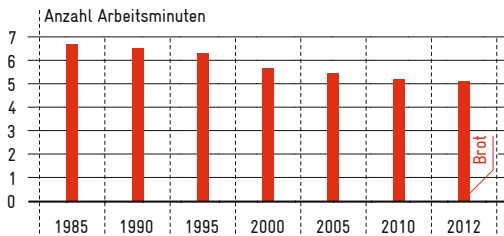
Mieten sind real nicht gestiegen

Auch auf dem Wohnungsmarkt findet insgesamt keine Erosion der Kaufkraft statt. Die Behauptung, in der vergangen Dekade habe eine «Grosse Umverteilung» in der Grössenordnung von 60 Milliarden von den Lohnempfängern und Mietern zu den reichen Grundeigentümern stattgefunden, lässt sich mit Zahlen nicht belegen. In Grafik 02 (Seite 30) ist ersichtlich, dass die realen Löhne gemäss den AHV-Zahlen von 2000 bis 2010 leicht stärker wuchsen als die realen Mieten in bestehenden Verträgen. Letztere unterliegen den Regeln der Kostenmiete. Sinkende Zinsen liessen kaum Spielraum für mietrechtskonforme Erhöhungen. Wer in dieser Dekade nicht umzog, wurde also bessergestellt. Bei einer mittleren Mietdauer von 10 Jahren gilt dies für die Hälfte der Mieterhaushalte. Für die anderen 50 % sieht die Rechnung anders aus.

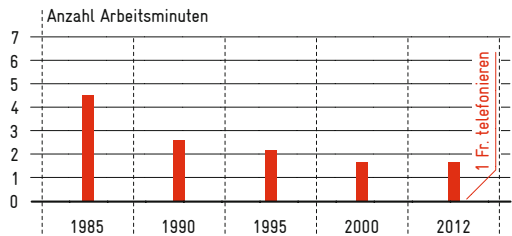
Bemerkenswert ist vorerst, dass die realen Mieten auf dem freien Markt – und nur die reale Sicht zählt – erst 2010 wieder den Stand der Jahre 1988 und 1994 erreichten. Dass die Mieten noch nie so hoch waren wie heute, gehört also ins Reich der Legenden. In der Periode 2000–2010 sind die Neumieten im Schweizer Mittel zwar stärker gestiegen als die Mieten in bestehenden Verträgen, aber dennoch fast im Gleichklang mit den Löhnen. Diese einfache Rechnung verfälscht zudem die wahren Verhältnisse, denn sie gälte nur, wenn man jährlich umziehen und sich wiederholt zu

Grafik 1: Arbeitszeit für...

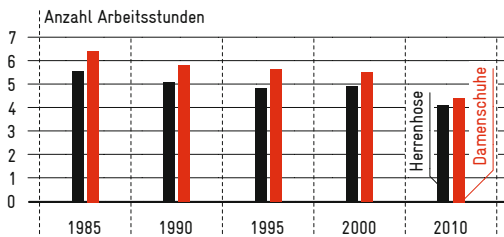
1 kg Brot 5,1 Minuten Arbeit kostete 2012 das Kilo Brot bei einem durchschnittlichen Schweizer Brutto-Stundenlohn (36.25 Franken). Um die Jahrtausendwende mussten Schweizer dafür eine halbe Minute länger arbeiten, 1985 kostete das Kilo Halbweissbrot fast sieben Minuten Arbeitszeit.



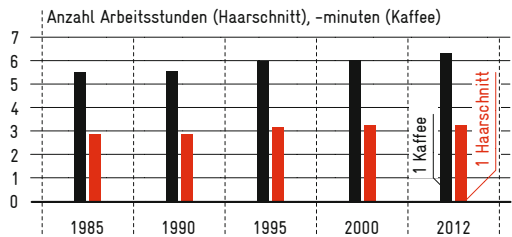
1 Minute telefonieren Vor 20 Jahren kostete der Anruf aus Australien an die besorgten Eltern zuhause in der Schweiz noch ein kleines Vermögen. Die Preise für Telekom-Dienstleistungen haben sich seither mehr als halbiert. Insgesamt geben wir dennoch mehr aus für Telekommunikation.



Kleider und Schuhe Kleider sind günstige Massenware, die in Asien oder Osteuropa hergestellt wird, wo die Löhne und die Kaufkraft noch tief sind. In den 1980er Jahren kostete eine herkömmliche Herrenhose 4,7 Arbeitsstunden, heute reicht derselbe Arbeitsaufwand auch noch für ein Mittagessen.



Kaffee, Haarschnitt Anders bei persönlichen Dienstleistungen und der Gastronomie: für einen Haarschnitt und eine Tasse Kaffee muss man heute länger arbeiten. Verantwortlich für den Kaffee-Kaufkraftverlust sind die stark gestiegenen Mietkosten für zentral gelegene Lokale, beim Coiffeur spielen der hohe Anteil der Lohnkosten die Hauptrolle.



Quelle: BFS, eigene Berechnungen

Marktbedingungen einmieten würde. Man kann also das Fazit ziehen, dass die Mieter-Kaufkraft auf dem Wohnungsmarkt sogar in der letzten Dekade, die von einem starken Nachfragedruck geprägt war, erhalten blieb.

Einzigste Ausnahme sind Neu- und Wiedervermietungen in den Grossstädten und den teuren Lagen in ihrem Umfeld. Wer hier hin- oder umzog, musste tatsächlich einen höheren Anteil seines Lohnes für die Miete verwenden und damit einen Kaufkraftverlust hinnehmen.

Massive Besserstellung der Mieter seit 1970

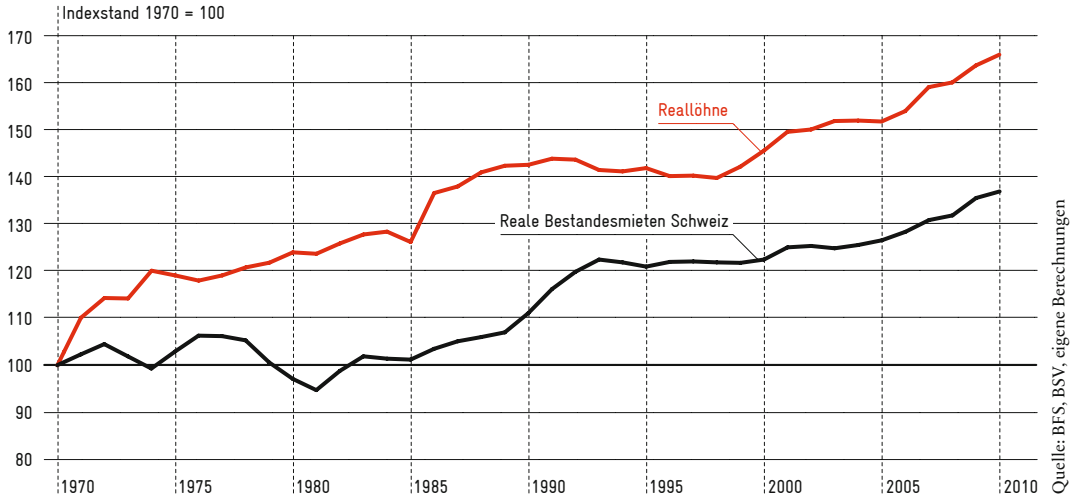
Es kommt aber noch besser: Die Mieter konnten ihre Kaufkraft nicht nur halten, sie ist seit 1970 massiv gestiegen. Grafik 03 (Seite 30) enthält die monatliche Wohnfläche, die mit einer Stunde Arbeit

zu einem mittleren Lohn gemietet werden konnte. 1970 waren das gerade einmal 2,6m², 2010 hingegen 3,9m². Mit anderen Worten: für eine 100m²-Wohnung arbeitete man 1970 gut 40 Stunden im Monat (100/2,5), im Jahr 2010 reichten 25 Stunden. Ohne diese Kaufkraftzunahme wäre kaum zu erklären, warum die Wohnungen laufend grösser wurden. Die mittlere Wohnfläche liegt heute rund ein Viertel höher als 1970. Während man 1970 im Jahresverlauf bis zum 15. März für die Miete arbeitete, ist der Stichtag heute der 8. März. Man arbeitet heute also fast gleichlang für die Miete, kauft sich damit aber eine viel grössere Fläche, wobei sich auch Komfort und Ausstattung in dieser Zeit stark verbessert haben.

Erstpublikation in der Zeitschrift «Komplex» von Halter Unternehmungen (5/2012)

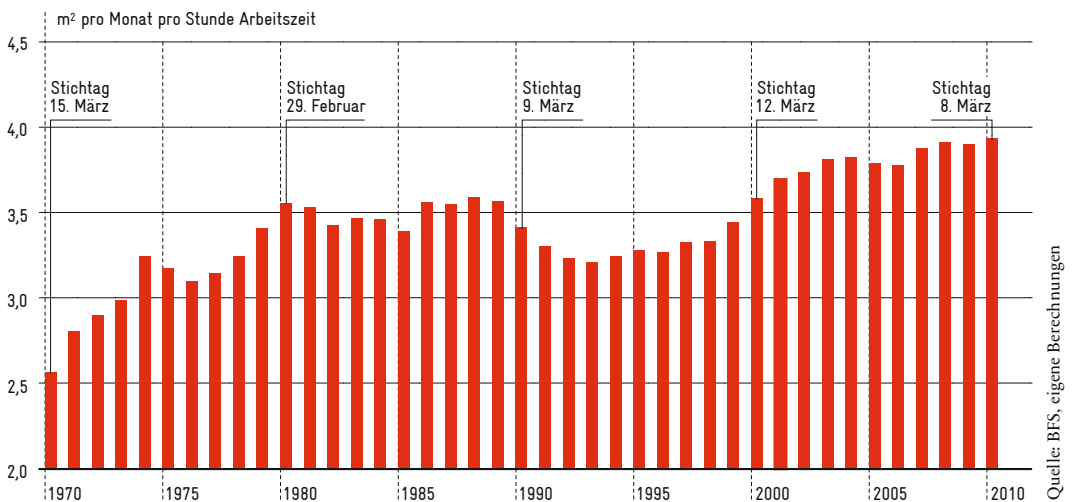
Grafik 2: Die Kaufkraft der Mieter hat zugenommen

Die realen Mieten in bestehenden Verträgen stiegen seit 1970 um rund 40%, während sich im selben Zeitraum die Reallöhne um 66% aufschwangen. Somit nahm die Kaufkraft der Mieter massiv zu. Dies erklärt auch, warum die Wohnungen laufend grösser wurden. Die mittlere Wohnfläche liegt heute rund einen Viertel höher als 1970.



Grafik 3: Gleich lang arbeiten für eine grössere Wohnung

1970 arbeitete man im Jahresverlauf bis zum 15. März fürs Wohnen, 2010 lag der Stichtag beim 8. März. Die aufzuwendende Arbeitszeit ist damit fast gleich lang, ermöglicht aber heute eine viel grössere Wohnfläche. Zudem haben Wohnkomfort und Ausstattung in dieser Zeit ebenfalls stark zugenommen.



1900 Arbeitsstunden

Schweizer Arbeitnehmer haben in den letzten 40 Jahren zugunsten von mehr Freizeit auf einen noch höheren Reallohnzuwachs verzichtet. Die Jahresarbeitszeit in der Schweiz ging seit 1970 um mehr als ein Drittel zurück und lag 2012 noch bei knapp 1900 Stunden. Freizeit gewinnt jedoch erst beim Erreichen eines hohen Wohlstandsniveaus an Wert – das zeigt ein Vergleich mit Asien: Die fleissigen Asiaten machen tiefe Stundenlöhne dadurch wett, dass sie länger arbeiten und nur wenig Ferien machen. So betrug gemäss der UBS-Studie «Preise und Löhne 2012» die durchschnittliche Jahresarbeitszeit in Hongkong 2295 Stunden. Auch in Singapur wurde mit 2088 Stunden deutlich länger gearbeitet als in der Schweiz. Da der Wert der Freizeit nicht in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfliesst, dürfte sich die Konvergenz der Volkseinkommen zwischen Europa und Asien weiter beschleunigen. *SH*

70 000 Arme weniger

Armut kann absolut oder relativ zum mittleren Einkommensniveau definiert werden. In reichen Gesellschaften ist eine absolute Armutsgrenze im Sinn eines physischen Existenzminimums kaum mehr zweckmässig, denn die Grundbedürfnisse (Nahrung, Wohnen, Kleidung) sind für alle abgedeckt. Darum verwendet man heute das soziale Existenzminimum, das auch eine minimale soziale Teilhabe ermöglichen soll. Sie wird von der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) festgelegt.

Diese absolute Armutsgrenze lag 2010 bei 2250 Franken (Einzelperson) resp. 4000 Franken (4-köpfiger Haushalt). Nach diesen Kriterien waren 600 000 Personen oder 7,9% der ständigen Wohnbevölkerung von Armut betroffen. Im Vergleich mit 2008 ging die Armutsquote um 1,2 Prozentpunkte zurück, die Zahl der Armen sank um 70 000. Gleichzeitig haben sich die verfügbaren Einkommen der armen Bevölkerung der Armutsgrenze angenähert. Die Situation hat sich somit verbessert, was vor allem der günstigen Entwicklung des Arbeitsmarktes zu verdanken ist.

Da die absoluten Armutsgrenzen international verschieden festgelegt sind, werden Ländervergleiche meist auf Basis der relativen Armut gemacht. Da die Schweiz eine relativ gleichmässige Verteilung der Einkommen aufweist, liegt ihre relative Armutsquote unter dem EU-Durchschnitt. *PS*

Mit Markt gegen die Armut

Die Rolle des Staates in der Armutsbekämpfung hinterfragen

Freihandel und Marktwirtschaft galten einst als wirkungsvolle Mittel gegen die Armut, weil Wettbewerb zu günstigeren Preisen führt. Heute hat sich das Blatt gewendet und die Marktwirtschaft steht unter Generalverdacht, die Reichen noch reicher und die Armen ärmer zu machen.

Armut wird fast ausschliesslich mithilfe staatlicher Umverteilung und Regulierung bekämpft: durch Subventionen und Transfers in der Sozialpolitik, und immer mehr durch Eingriffe in den Arbeits- und Wohnungsmarkt. Doch dass diese Umverteilung auch kostet und zu Wohlstandsverlusten führt, wird weitgehend ignoriert. Die Rolle des Staates und die Auswirkungen der Umverteilungspolitik werden kaum hinterfragt.

Am Beispiel Grossbritanniens zeigt Kristian Niemitz im vielbeachteten Buch «Redefining the poverty debate» (Institute of Economic Affairs 2012, www.iea.org.uk), dass Armut in Grossbritannien auch durch überhöhte Preise aufgrund staatlicher Interventionen gefördert wird, vor allem in der Wohnbaupolitik. Marktpreise würden die Armut hingegen verringern. Niemitz empfiehlt, den britischen Arbeitsmarkt zu liberalisieren, verzerrende Anreize abzubauen und die Sozialhilfe zu dezentralisieren. *SH*

Publikationen



Verantwortlich für diese Ausgabe Gerhard Schwarz, Patrik Schellenbauer und Simone Hofer Frei, Avenir Suisse, Zürich Mitarbeitende Marco Salvi, Barbara Angerer, Jérôme Cosandey, Marion Hämmerli, Michael Mandl, Jörg Naumann, Verena Parzer Epp, Dominique Zaugg
 Redaktion Giessereistrasse 5, 8005 Zürich Telefon 044 445 90 00 E-Mail redaktion@avenir-suisse.ch
 Gestaltung arnold.kircherburkhardt.ch Druckauflage 8500 Exemplare Druck Feldegg AG, www.feldegg.ch Download Nachdruck, auch auszugsweise, mit Quellenangabe («avenir spezial») gestattet; abrufbar als PDF auf www.avenir-suisse.ch.